



Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg



# Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von:  
Prof. Dr. Christian Tietje und  
Prof. Dr. Gerhard Kraft

**Bernhard Kluttig/  
Karsten Nowrot**  
Der "Bipartisan Trade Promotion  
Authority Act of 2002"  
- Implikationen für die  
Doha-Runde der WTO

September 2002

# Heft 7

**Der „Bipartisan Trade Promotion  
Authority Act of 2002“ –  
Implikationen für die Doha-Runde der WTO**

Von

Bernhard Kluttig & Karsten Nowrot

Institut für Wirtschaftsrecht  
Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Christian Tietje/Gerhard Kraft (Hrsg.), Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht, Heft 7

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1619-5388

ISBN 3-86010-659-7

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts unter der Adresse:

**[www.wirtschaftsrecht.uni-halle.de](http://www.wirtschaftsrecht.uni-halle.de)**

Institut für Wirtschaftsrecht  
Juristische Fakultät  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Universitätsplatz 5  
D-06108 Halle (Saale)  
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180  
Fax: 0345-55-27201  
E-Mail: [ecohal@jura.uni-halle.de](mailto:ecohal@jura.uni-halle.de)

## INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung .....	5
B. Hintergründe und Entwicklung des bisherigen <i>Fast-Track</i> -Verfahrens .....	6
C. Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ .....	10
I. Die Entstehungsgeschichte des „Trade Act of 2002“ .....	10
II. Aufbau und Inhalt des „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ .....	14
1. Verhandlungsziele .....	14
2. Anwendungsbereich der Trade Promotion Procedure .....	16
3. Konsultations- und Notifikationspflichten .....	18
4. Implementation in das nationale Recht .....	19
5. Abschließende Regelungen .....	21
D. Reaktionen auf internationaler Ebene .....	21
E. Bewertung der Verhandlungsvorgaben im Lichte der Doha-Runde der WTO .....	24
I. „Trade and Labour“ .....	26
II. „Trade and Environment“ .....	28
III. Landwirtschaft .....	30
IV. „Trade Remedy Laws“ .....	32
F. Fazit .....	33
Schrifttum .....	35



## A. Einleitung

„Das Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Kongreß der USA ... ist seit der Frühzeit des GATT von erstrangiger Bedeutung für seine Entwicklung als Rechtsordnung und als Institution gewesen.“<sup>1</sup> Dieser im Jahre 1990 von Wolfgang Benedek geprägte Satz hat auch nach Gründung der World Trade Organization (WTO) nichts von seiner Aktualität verloren. Wohl kein anderes Legislativorgan eines WTO-Mitgliedes hat sowohl aufgrund seiner Stellung im nationalen Verfassungsrecht als auch der allgemeinen Bedeutung der USA im internationalen Wirtschaftssystem die Möglichkeit, in auch nur annähernd vergleichbarer Weise Einfluss auf die Fortentwicklung des Rechtssystems der WTO zu nehmen wie der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>2</sup>

Vor dem Hintergrund der zum Abschluss der vierten Ministerkonferenz der WTO am 14. November 2001 in Doha/Katar verabschiedeten Ministererklärung, welche die wesentlichen formellen und materiellen Vorgaben für die Weiterentwicklung des WTO-Rechts in den kommenden fünf Jahren enthält,<sup>3</sup> ist daher dem Umstand besondere Bedeutung beizumessen, dass mit dem am 6. August 2002 von George W. Bush unterzeichneten *Trade Act of 2002*,<sup>4</sup> der in Section XXI die so genannte *Trade Promotion Authority* enthält, zum ersten Mal seit über 8 Jahren wieder einem US-Präsidenten vom Kongress ein umfassendes Verhandlungsmandat zum Abschluss von multi- und bilateralen Handelsabkommen erteilt worden ist.

Im Folgenden soll ausgehend von den verfassungsrechtlichen Hintergründen, der Entwicklung des bisherigen so genannten *Fast-Track*-Verfahrens und den Ereignissen im Vorfeld der Verabschiedung der neuen *Trade Promotion Authority* des US-Präsidenten analysiert werden, inwieweit aus den in dem Gesetz enthaltenen inhaltlichen Vorgaben im Hinblick auf die Verhandlungspositionen der USA insbesondere in den umstrittenen Bereichen Handel und Arbeitnehmerschutzbestimmungen, Handel und Umweltschutz, Landwirtschaft und den so genannten „*trade remedy laws*“ Rückschlüsse auf den weiteren Fortgang und einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der WTO gezogen werden können.

---

\* Die Verfasser sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Christian Tietje, LL.M.) an der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

<sup>1</sup> Benedek, Die Rechtsordnung des GATT, 37 (Hervorhebungen im Original); ähnlich auch Schaefer, in: Bronckers/Quick (Hrsg.), Essays in Honour of John H. Jackson, 525.

<sup>2</sup> So allgemein schon Krajewski, Verfassungsperspektiven, 97; ders., Journal of World Trade 35 (2001), 167 (176); ähnlich auch Hilf, in: Classen u.a. (Hrsg.), Liber amicorum Thomas Oppermann, 427 (431 f.).

<sup>3</sup> WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, abgedruckt in: I.L.M. 41 (2002), 746 ff.; allgemein hierzu auch Tietje, Die institutionelle Ordnung, in: Berrisch/Prieß (Hrsg.), WTO-Handbuch, Rn. 19; Rudisch, Die institutionelle Struktur, 5; sowie die Beiträge von Schott, Horlick, Wolff und Charnovitz, in: Journal of International Economic Law 5 (2002), 191 ff.

<sup>4</sup> Trade Act of 2002, Pub. L. No. 107-210, erhältlich im Internet: <frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107\_cong\_bills&docid=f:h3009enr.txt.pdf> (besucht am 21. August 2002).

## B. Hintergründe und Entwicklung des bisherigen *Fast-Track*-Verfahrens

Die Entwicklung und Ausgestaltung des ursprünglichen *Fast-Track*-Verfahrens vollzog sich vor dem Hintergrund der Vorgaben, die die Verfassung der USA für die Verteilung der Organkompetenzen zwischen Exekutive und Legislative im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten auf der Basis des Grundsatzes der Gewaltenteilung statuiert.<sup>5</sup> Zwar ist der Präsident der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der auswärtigen Gewalt verfassungsrechtlich mit prinzipiell weitreichenden Kompetenzen ausgestattet<sup>6</sup> und hat im vorliegend relevanten Bereich auch die Befugnis, ohne ausdrückliche Ermächtigung durch den Kongress über den Abschluss von Handelsabkommen mit anderen Staaten zu verhandeln und diese zu unterzeichnen.<sup>7</sup> Dem Kongress ist jedoch demgegenüber durch Art. I Sec. 8 Cl. 3 der Verfassung ausdrücklich die exklusive Befugnis zur Regulierung der auswärtigen Handelsbeziehungen zugewiesen,<sup>8</sup> woraus folgt, dass der Präsident zumindest nicht entgegen einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung oder Resolution von Senat und Repräsentantenhaus in spezifische Verhandlungen über den Abschluss von multi- oder bilateralen Handelsabkommen eintreten kann.<sup>9</sup>

Auf der Grundlage dieser verfassungsrechtlichen Ausgangssituation nahm der amerikanische Kongress bis zum Beginn der 1930iger Jahre seine Kompetenzen im Bereich der Handelspolitik, die ganz überwiegend Fragen der Zollpolitik betrafen, vorwiegend allein wahr.<sup>10</sup> Dies änderte sich, bedingt durch eine Wende in der bis da-

<sup>5</sup> Tietje, Normative Grundstrukturen, 90; allgemein zur Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Präsident und Kongress im Bereich der auswärtigen Gewalt statt vieler Henkin, Foreign Affairs, *passim*; Menzel, in: Der Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.), Festschrift für Herbert Kraus, 259 ff.; Brugger, Einführung in das öffentliche Recht, 81 ff.; Helm-Busch, Executive Agreements, 142 ff.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu insbesondere die Entscheidung des US-Supreme Courts in *United States v. Curtiss-Wright Export Corp.*, 299 U.S. 304, 319 f. (1936); aus dem Schrifttum hierzu Burnham, Legal System of the United States, 8; Kühner, JöR N.F. 35 (1986), 365 (366 ff.); Jackson/Davey/Sykes, International Economic Relations, 98 ff.

<sup>7</sup> Vgl. nur *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-26. Ein Beispiel für ein solches Vorgehen bildete jüngst das am 24. Oktober 2000 von den USA mit Jordanien abgeschlossene und am 17. Dezember 2001 in Kraft getretene Freihandelsabkommen, welches vom Präsidenten ohne vorherige Ermächtigung durch den Kongress ausgehandelt und unterzeichnet worden ist; der Text des Abkommens ist erhältlich im Internet: <[www.ustr.gov/regions/eu-med/middleeast/textagr.pdf](http://www.ustr.gov/regions/eu-med/middleeast/textagr.pdf)> (besucht am 26. August 2002). Die innerstaatliche Umsetzung erfolgte mit Zustimmung des Senats und Repräsentantenhaus durch den so genannten „United States-Jordan Free Trade Area Implementation Act“ vom 28. September 2001, Pub. L. No. 107-43, erhältlich im Internet. <[frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107\\_cong\\_public\\_laws&docid=f:publ043.107.pdf](http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107_cong_public_laws&docid=f:publ043.107.pdf)> (besucht am 26. August 2002).

<sup>8</sup> Art. I Sec. 8 Cl. 1 i.V.m. 3 lautet: „The Congress shall have Power: ... To regulate Commerce with foreign Nations, ...“; eingehend zur Stellung des Kongresses im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten Trebesch, Stellung und Funktion, *passim*; ders., Der Staat 12 (1973), 23 ff.

<sup>9</sup> Obleich mangels einer klaren verfassungstextlichen Abgrenzung und aufgrund der bislang geringen Anzahl von Entscheidungen des US-Supreme Court in diesem Bereich vieles umstritten ist, lassen sich in diesem Sinne wohl die auch auf die Kompetenzabgrenzung im Bereich der auswärtigen Gewalt übertragbaren Grundsätze interpretieren, die im *Steel Seizure Case* des Supreme Court sowohl von der von Justice Black verfassten Mehrheitsmeinung als auch im Rahmen des von Justice Jackson in seinem zustimmenden Minderheitenvotum entwickelten „three-steps-formula“ aufgestellt wurden, vgl. *Youngstown Sheet & Tube Co. v. Sawyer*, 343 U.S. 579 (1952); eingehender zu der Entscheidung statt vieler Brugger, Einführung in das öffentliche Recht, 73 ff.

<sup>10</sup> Eingehend hierzu Pfeil, Abschied von der „schnellen Schiene“, 35 ff.; Cohen/Paul/Blecker, Fundamentals, 27 ff.; Medick-Krakau, Amerikanische Außenhandelspolitik, 63 ff.; insbesondere zu

hin protektionistisch ausgerichteten Außenhandelspolitik,<sup>11</sup> mit der Verabschiedung des *Reciprocal Trade Agreement Act of 1934*. Durch diesen wurde Präsident *Franklin D. Roosevelt* vom Kongress eine Verhandlungsvollmacht für bilaterale Abkommen zur Reduzierung von Zöllen erteilt.<sup>12</sup> Seit 1945 enthielten die Handelsgesetze dann überdies Vollmachten für den Präsidenten, in multilaterale Verhandlungen über den Abbau von Zöllen im Rahmen des 1947 verabschiedeten *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)* einzutreten.<sup>13</sup>

Eine Veränderung der bisherigen Kooperationsmechanismen zwischen Präsident und Kongress im Bereich der Gestaltung der Außenhandelspolitik wurde erforderlich, als seit Ende der 1960er Jahre Fragen der rechtlichen Behandlung so genannter nichttarifärer Handelshemmnisse im Rahmen der Handelsrunden des GATT erheblich an Bedeutung gewannen.<sup>14</sup> Während die ersten Verhandlungsrunden bis 1962 ausschließlich internationale Zollsatzreduzierungen zum Gegenstand hatten<sup>15</sup> und insofern sowohl im Hinblick auf das dem Präsidenten erteilte Verhandlungsmandat als auch die nachträgliche innerstaatliche Umsetzung der erzielten Ergebnisse keine Probleme aufwarfen,<sup>16</sup> trat in der Folgezeit die Schwierigkeit auf, dass die Implementierung von Verpflichtungen zum Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse in der Regel erhebliche und vor Beginn der Verhandlungen kaum abschätzbare Änderungen der betroffenen nationalen Gesetze erfordert.<sup>17</sup> Anders als in den Fällen von Zolllenkungen konnte der Kongress weder das Verhandlungsmandat des Präsidenten im Vorhinein durch Vorgabe einer spezifizierten Marge präzisieren noch die Vielzahl der erforderlichen Gesetzesänderungen dem Präsidenten überlassen. Insbesondere die von den internationalen Verhandlungspartnern geäußerte Skepsis hinsichtlich einer konsequenten innerstaatlichen Umsetzung der ohne ausreichende Ermächtigung des Präsidenten erzielten Vereinbarungen über den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse führte anlässlich der so genannten Tokio-Runde des GATT (1973-1979) zur Entwicklung

---

den Ausnahmefällen einer Autorisierung des Präsidenten vor 1934 *Ackerman/Glove*, *Harvard Law Review* 108 (1995), 799 (824 ff.); *Charnovitz*, *Minnesota Journal of Global Trade* 3 (1994), 195 (199), m.w.N.

<sup>11</sup> *Benedek*, Die Rechtsordnung des GATT, 32; *Medick-Krakau*, Amerikanische Außenhandelspolitik, 73 ff.; *Goldstein/Gowa*, *World Trade Review* 1 (2002), 153 (156).

<sup>12</sup> Vgl. nur *Fürst*, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (1989), 232 (235 f.); *Rhodes*, *Reciprocity*, 53 ff.; *Low*, *Trading Free*, 37; *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 37 ff.; zur Diskussion über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Delegation von Verhandlungsbefugnissen *Jackson*, *The World Trading System*, 86 f.; *Baab*, *GATT und WTO*, 79 ff., m. umf. N. auch zur Rspr. des US-Supreme Court.

<sup>13</sup> Zu den jeweiligen Kompetenzdelegationen an den Präsidenten beispielsweise *Senti*, *GATT*, 70 f., 77 f.

<sup>14</sup> Umfassend zu Begriff und Funktion nichttarifärer Handelshemmnisse *Tietje*, *Normative Grundstrukturen*, 30 ff., m.w.N.

<sup>15</sup> Hierzu *Herdegen*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, 122; *Hoekman/Kostecki*, *Political Economy*, 42; *Tietje*, *Die historische Entwicklung*, 8, m.w.N.; allgemein zu Verlauf und Ergebnissen der ersten fünf Handelsrunden statt vieler *Senti*, *WTO*, 41 ff.

<sup>16</sup> *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 51; *Destler*, *American Trade Politics*, 71.

<sup>17</sup> Vgl. nur *Baab*, *GATT und WTO*, 85; *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 51; *Destler*, *American Trade Politics*, 71.

eines neuartigen Ermächtigungs- und Konsultationsverfahrens für den Abschluss von Handelsabkommen.<sup>18</sup>

Das durch den *Trade Act of 1974*<sup>19</sup> eingeführte *Fast-Track*-Verfahren verfolgte durch die in ihm vorgesehenen Fristen den Zweck, die Entscheidung des Kongresses über die Ratifizierung eines internationalen Wirtschaftsabkommens innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu erlangen. Hierzu wurde dem Präsidenten, wie bisher, eine Verhandlungsvollmacht für Handelsabkommen erteilt. Allerdings war der Präsident verpflichtet, 90 Tage vor Unterzeichnung des Abkommens den Kongress von seiner Absicht zu unterrichten. Nach erfolgter Unterzeichnung musste die Handelsvereinbarung dem Kongress zur Ratifikation vorgelegt werden. Senat und Repräsentantenhaus hatten 45 Tage Zeit, Anhörungen und Beratungen in den jeweiligen Ausschüssen abzuhalten und mussten daraufhin die Entscheidung über Erteilung ihrer Zustimmung innerhalb von weiteren 15 Tagen treffen, wobei der Kongress dem Abkommen allerdings nur insgesamt zustimmen oder es ablehnen konnte, ohne die sonst übliche Möglichkeit zu haben, Änderungen am Inhalt der Vereinbarung vorzunehmen.<sup>20</sup>

Das ursprüngliche *Fast-Track*-Verfahren wurde in der Folgezeit drei Mal durch die Handelsgesetze von 1979,<sup>21</sup> 1984<sup>22</sup> und 1988<sup>23</sup> modifiziert und ergänzt.<sup>24</sup> Die wesentlichen Anwendungsfälle des *Fast-Track*-Verfahrens in der Praxis bildeten die Umsetzung der Ergebnisse der Tokio-Runde des GATT von 1979,<sup>25</sup> die Zustimmung zur Errichtung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) im November 1993<sup>26</sup> und schließlich die Implementierung der mit Abschluss der Uruguay-Runde des GATT getroffenen Vereinbarungen von 1994.<sup>27</sup> Die am 29. November bzw. 1. Dezember 1994 erfolgte Zustimmung von Repräsentantenhaus und Senat zu der am 15. April 1994, dem letzten Tag des auslaufenden Verhandlungsmandats des Präsidenten, unterzeichneten Schlussakte und des Übereinkommens zur Gründung der WTO<sup>28</sup>

<sup>18</sup> Siehe nur *Tietje*, Normative Grundstrukturen, 90; *Lorz*, Interorganrespekt, 296; *Destler*, in: Thaysen u.a. (Hrsg.), US-Kongress und Deutscher Bundestag, 366 (376); *Krajewski*, Verfassungsperspektiven, 98; vgl. allerdings zu der aus verfassungsrechtlicher Sicht problematischen Rolle der US-Bundesstaaten bei der innerstaatlichen Implementierung der Verhandlungsergebnisse *Schaefer*, *Journal of International Economic Law* 2 (1999), 71 ff., m.w.N.

<sup>19</sup> *Trade Act of 1974*, Pub. L. No. 93-618; 88 Stat. 1978 (1975).

<sup>20</sup> Eingehender zu Zweck und Ablauf des *Fast-Track*-Verfahrens statt vieler *Rode*, *Amerikanische Handelspolitik*, 129 ff.; *VanGrasstek*, *Journal of World Trade* 31 (Nr. 2, 1997), 97 ff.; *Koh*, *Brooklyn Journal of International Law* 18 (1992), 143 ff.; *Destler*, *American Trade Politics*, 71 ff.

<sup>21</sup> *Trade Agreements Act of 1979*, Pub. L. No. 96-39, 93 Stat. 144.; vgl. hierzu eingehender *Jackson/Davey/Sykes*, *International Economic Relations*, 143 ff.

<sup>22</sup> *Trade and Tariff Act of 1984*, Pub. L. No. 98-573, 98 Stat. 2948.

<sup>23</sup> *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*, Pub. L. No. 100-418; 102 Stat. 1121.

<sup>24</sup> Vgl. zu den Änderungen im Überblick *Fürst*, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (1989), 232 (241 ff.); *Low*, *Trading Free*, 58 ff.

<sup>25</sup> Eingehender *Eckes*, in: Lovett/Eckes/Brinkman (Hrsg.), *U.S. Trade Policy*, 51 (87 ff.); *Twiggs*, *The Tokyo Round*, *passim*; *Pfeil*, *Abschied von der „schnellen Schiene“*?, 68 ff.

<sup>26</sup> Hierzu statt vieler *Pfeil*, *Abschied von der „schnellen Schiene“*?, 125 ff.; *Taylor*, *George Washington Journal of International Law and Economics* 28 (1994), 1 ff.

<sup>27</sup> Vgl. *Pfeil*, *Abschied von der „schnellen Schiene“*?, 171 ff.; *Jackson*, in: Bhagwati/Hirsch (Hrsg.), *The Uruguay Round*, 293 (296 ff.); *ders.*, *Columbia Journal of Transnational Law* 36 (1997), 157 ff.

<sup>28</sup> Zum Einfluss der befristeten Verhandlungsvollmacht des US-Präsidenten auf den Abschluss der Uruguay-Runde statt vieler *Tietje*, *Normative Grundstrukturen*, 91; *Ipsen/Haltern*, *RIW* 40 (1994), 717; *Stoll*, *ZaöRV* 54 (1994), 241 (250).

stellte die letzte Ratifizierung von Handelsabkommen nach dem bisherigen *Fast-Track*-Verfahren dar. Zwar wurde in der Folgezeit sowohl von Präsident *Clinton* als auch der republikanischen Mehrheit im Kongress verschiedentlich der Versuch unternommen, das Verhandlungsmandat des Präsidenten im Rahmen des *Fast-Track*-Verfahrens zu erneuern. Die wechselseitig eingeleiteten Initiativen scheiterten jedoch jeweils an dem Unvermögen der beteiligten Parteien, einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss im Hinblick auf die Verhandlungsvorgaben für den Präsidenten insbesondere in den umstrittenen Themenbereichen Umwelt und Arbeitsschutzstandards zu erzielen.<sup>29</sup>

So versuchte Präsident *Clinton* bereits im Juni 1994, vom Kongress eine Verlängerung der Verhandlungsvollmacht für die Dauer von sieben Jahren und unter Einbeziehung der Themen Umwelt und Arbeit zu erhalten. Er gab dieses Vorhaben jedoch aufgrund des Widerstandes von Seiten der Republikaner im Kongress bereits am 13. September desselben Jahres auf, ohne dass es zu einer Abstimmung gekommen wäre.<sup>30</sup> Im Jahre 1995 erfolgte dann eine Initiative der republikanischen Mehrheit, nach der dem Präsidenten ein Verhandlungsmandat bis Ende 1999 erteilt werden sollte. Wegen der Auslassung der strittigen ökologischen und arbeitsrechtlichen Themenkomplexe als Verhandlungsvorgaben in dem Gesetzesvorschlag wurde dieser allerdings von der Exekutive vor dem Hintergrund des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes nicht aufgenommen.<sup>31</sup> Einen weiteren Rückschritt erlebten die Bemühungen um eine Erneuerung des Verhandlungsmandats unter Einbeziehung des *Fast-Track*-Verfahrens, als der von der Regierung vorgeschlagene *Export Expansion and Reciprocal Trade Agreements Act of 1997*, der unter anderem die Erteilung einer Vollmacht bis zum 1. Oktober 2001 vorsah, im November 1997 nicht zur Abstimmung gestellt wurde, da sich abzeichnete, dass der Gesetzesentwurf im Repräsentantenhaus keine Mehrheit erhalten würde.<sup>32</sup> Schließlich scheiterte auch eine weitere Initiative der Republikaner unter maßgeblicher Beteiligung des *Speaker of the House, Newt Gingrich*, welche vom Repräsentantenhaus am 25. September 1998 mit einer Mehrheit von 243 zu 180 Stimmen abgelehnt wurde.<sup>33</sup> Aufgrund dieser Erfahrungen und wegen des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes wurden in den beiden Folgejahren weder von Seiten des Präsidenten noch der republikanischen Mehrheit im Kongress ernsthafte Versuche unternommen, eine Erneuerung des *Fast-Track*-Verfahrens einzuleiten.<sup>34</sup> Das daraus resultierende Fehlen eines klaren Verhandlungsauftrags der US-

<sup>29</sup> *Wagner*, Saint Louis University Law Journal 44 (2000), 1047 (1055); *Falke*, in: Deutsch/Speyer (Hrsg.), The World Trade Organization, 18 (24); für eine umfassende Darstellung und Analyse der Entwicklung bis Ende 1998 vgl. auch *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 201 ff., m.w.N.

<sup>30</sup> Näher hierzu *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 201 f.; sowie *Sek*, Trade Promotion Authority, CRS-3 f.

<sup>31</sup> Vgl. *Destler*, Renewing Fast-Track Legislation, 22 ff.; *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 210.

<sup>32</sup> Hierzu *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 210 ff.; *Kovatch*, ILSA Journal of International and Comparative Law 5 (1998), 71 (77); *Sek*, Trade Promotion Authority, CRS-4; allgemein zu den internationalen Reaktionen auf das Scheitern der Bemühungen um die Erteilung eines neuen Verhandlungsmandats *Oxley/Schnietz*, Journal of International Business Studies 32 (2001), 479 ff.

<sup>33</sup> *Pfeil*, Abschied von der „schnellen Schiene“, 219 ff.; *Sek*, Trade Promotion Authority, CRS-4 f.

<sup>34</sup> Vgl. *Sek*, Trade Promotion Authority, CRS-5; *Ahearn*, Trade Legislation, CRS-6 f.

Regierung und die Abwesenheit einer Rechtssicherheit für die internationalen Verhandlungspartner im Hinblick auf die erzielten Ergebnisse gewährleistenden *Fast-Track*-Verfahrens wurde dann auch verschiedentlich als einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern der dritten Ministerkonferenz der WTO, die vom 30. November bis 3. Dezember 1999 in Seattle stattfand, angesehen.<sup>35</sup>

## C. Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“

### I. Die Entstehungsgeschichte des „Trade Act of 2002“

Trotz der Schwierigkeiten der vergangenen 8 Jahre machte *George W. Bush* bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft deutlich, dass die Erneuerung eines Verhandlungsmandats für den Abschluss von Handelsabkommen eine der wesentlichen Ziele der neuen Regierung auf dem Gebiet des Außenhandels darstellt.<sup>36</sup> So führte er in seiner ersten *State of the Union Address* am 27. Februar 2001 vor dem Kongress aus: „Each of the previous five Presidents has had the ability to negotiate far reaching trade agreements. Tonight I ask you to give me the strong hand of presidential trade promotion authority, and to do so quickly”.<sup>37</sup> Der neue Begriff „*Trade Promotion Authority*“ wurde dabei erstmals von dem Kandidaten für das Amt des US-Handelsbeauftragten, *Robert Zoellick*, in seinem Anhörungsverfahren vor dem Kongress am 30. Januar 2001 verwandt, in welchem er versprach, nach seiner Ernennung umgehend mit den betreffenden Ausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus Kontakt aufzunehmen, um zu erörtern, „... how to reestablish trade promotion authority for the President, based on the fast-track precedent and the broadest possible support“.<sup>38</sup>

Auch in seiner am 10. Mai 2001 dem Kongress übersandten *2001 International Trade Legislative Agenda*<sup>39</sup> betonte Präsident *Bush* die besondere Bedeutung, die er einer erneuten Erteilung einer Verhandlungsvollmacht beimisst. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund des Beginns einer neuen Handelsrunde der WTO, der Verhandlungen über die Errichtung einer amerikanischen Freihandelszone sowie dem Abschluss weiterer regionaler und bilateraler Handelsabkommen, unter anderem mit

<sup>35</sup> So beispielsweise *Schott*, in: ders. (Hrsg.), *The WTO after Seattle*, 3 (7 f., 11 f.); *Bergsten*, in: *ibid.*, 43 (50); *Rode*, *Weltregieren*, 98; allgemein zu den Gründen für das Scheitern der Konferenz von Seattle statt vieler *Beise*, *Die Welthandelsorganisation*, 128 ff.; *Tietje*, in: Klein/Volger (Hrsg.), *Globale Problemlösungen*, 41 (42 f.).

<sup>36</sup> Eingehend zur Entstehungsgeschichte des Trade Act of 2002 auch *Sek*, *Trade Promotion Authority*, CRS-5 ff.; *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, *Trade Promotion (Fast-Track) Authority*, CRS-1 ff.; für eine Analyse der diesbezüglichen Ausgangssituation zu Beginn der Präsidentschaft von *Bush* vgl. *DeBates*, *Policy, Organisation & Society* 20 (Nr. 1, 2001), 63 ff.

<sup>37</sup> Address of the President to the Joint Session of Congress vom 27. Februar 2001, erhältlich im Internet: <[www.whitehouse.gov/news/releases/2001/02/20010228.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/02/20010228.html)> (besucht am 17. August 2002).

<sup>38</sup> Zitiert nach *Sek*, *Trade Promotion Authority*, CRS-6; allgemein zur Stellung und Funktion des US-Handelsbeauftragten *Krajewski*, *Verfassungsperspektiven*, 92; *Jackson/Davey/Sykes*, *International Economic Relations*, 149 ff.

<sup>39</sup> 2001 International Trade Legislative Agenda vom 10. Mai 2001, erhältlich im Internet: <[www.americasnet.net/Trade\\_Integration/agenda.pdf](http://www.americasnet.net/Trade_Integration/agenda.pdf)> (besucht am 18. August 2002); vgl. hierzu auch *Sek*, *Trade Promotion Authority*, CRS-6.

Chile und Singapur.<sup>40</sup> Die vorgeschlagene Agenda des Präsidenten enthielt eine Liste von 13 so genannten „*Negotiating Objectives to Advance U.S. Priorities*“,<sup>41</sup> zu denen unter anderem die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für amerikanische Agrarprodukte, die Verhinderung des Aufbaus von Handelsschranken im Bereich des E-Commerce,<sup>42</sup> die Durchsetzung fundamentaler Arbeitsschutzstandards, die Förderung einer sich gegenseitig ergänzenden Handels- und Umweltschutzpolitik, die Verbesserung der Situation von Entwicklungsländern im internationalen Wirtschaftssystem<sup>43</sup> sowie die Erhöhung der Transparenz und der Effektivität internationaler Organisationen im Bereich des internationalen Wirtschaftsrechts<sup>44</sup> gehörten. Im Hinblick auf die erstrebte Verhandlungsvollmacht, deren Zeitrahmen nicht näher spezifiziert wurde,<sup>45</sup> versprach der Präsident eine verstärkte Kooperation mit dem Kongress dahingehend, dass die betroffenen Ausschüsse des Senats und Repräsentantenhauses auch während der laufenden Verhandlungen informiert und konsultiert werden sollten.<sup>46</sup> Der Agenda beigefügt war schließlich eine beispielhafte Aufzählung von Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten in Ergänzung zu Handelsverhandlungen ergreifen könnten, um die Einhaltung und Verbesserung von Arbeitsschutzbestimmungen, insbesondere die Verhinderung von Kinderarbeit, sowie von Umweltschutzvorschriften zu erwirken.<sup>47</sup>

Am 9. Oktober 2001 stimmte das *Committee on Ways and Means* des Repräsentantenhauses in nur unwesentlich veränderter Form einem von dem republikanischen Vorsitzenden des Ausschusses, *William M. Thomas*, am 3. Oktober 2001 eingebrachten Gesetzesentwurf<sup>48</sup> mit dem Titel „*Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2001*“ (H.R. 3005) mit 26 zu 13 Stimmen zu, welcher unter anderem die Erteilung

<sup>40</sup> Vgl. nur den der Agenda beigefügten Brief des US-Präsidenten vom 10. Mai 2001 („... I have placed the enactment of U.S. Trade Promotion Authority at the top of my trade legislative agenda.“), erhältlich im Internet: <[www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010510-5.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010510-5.html)> (besucht am 18. August 2002).

<sup>41</sup> Siehe 2001 International Trade Legislative Agenda vom 10. Mai 2001, 4 f., erhältlich im Internet: <[www.americasnet.net/Trade\\_Integration/agenda.pdf](http://www.americasnet.net/Trade_Integration/agenda.pdf)> (besucht am 18. August 2002).

<sup>42</sup> Eingehender zu dieser Problematik *Tietje*, in: Grabitz/Hilf/Krenzler (Hrsg.), *Recht der Europäischen Union*, E 27, Rn. 297 ff.; *ders.*, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.), *Internationales Handbuch Medien*, 15 (31 ff.); *Berrisch*, in: Ehlers (Hrsg.), *Rechtsfragen*, 129 ff.; *Mitchell*, *Journal of International Economic Law* 4 (2001), 683 ff., jeweils m.w.N.

<sup>43</sup> Allgemein zur Behandlung der Position der Entwicklungsländer im Rahmen der Doha-Runde *Bjørnskov/Lind*, *Journal of World Trade* 36 (2002), 543 ff.; *Hoekman*, *World Trade Review* 1 (2002), 23 ff.

<sup>44</sup> Zur Bedeutung des Transparenzprinzips in der WTO-Rechtsordnung siehe den Beitrag des neuen Generaldirektors der WTO *Supachai Panitchpakdi*, in: Sampson (Hrsg.), *World Trade Organization in Global Governance*, 29 (32 f.); aus wissenschaftlicher Perspektive hierzu *Hilpold*, *Europarecht* 34 (1999), 597 ff.; *Tietje*, *Grundlagen*, in: Berrisch/Prieß (Hrsg.), *WTO-Handbuch*, Rn. 31; *Hilf*, *Journal of International Economic Law* 4 (2001), 111 (119); *Jackson*, *Journal of International Economic Law* 4 (2001), 67 (77).

<sup>45</sup> 2001 International Trade Legislative Agenda vom 10. Mai 2001, 6 („The President needs U.S. Trade Promotion Authority for a sufficient time to allow completion of several regional and bilateral agreements, and to begin and possibly complete global trade negotiations.“), erhältlich im Internet: <[www.americasnet.net/Trade\\_Integration/agenda.pdf](http://www.americasnet.net/Trade_Integration/agenda.pdf)> (besucht am 18. August 2002).

<sup>46</sup> *Ibid.*, 5 f.

<sup>47</sup> Vgl. Labor and Environment „Toolbox“ vom 10. Mai 2002, erhältlich im Internet: <[usinfo.state.gov/regional/af/trade/a1051107.htm](http://usinfo.state.gov/regional/af/trade/a1051107.htm)> (besucht am 19. August 2002).

<sup>48</sup> Für einen Überblick über den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens vgl. nur *Brugger*, *Einführung in das öffentliche Recht*, 36 ff., m.w.N.

eines Verhandlungsmandats für den Präsidenten bis zum 30. Juni 2005 vorsah.<sup>49</sup> Das Repräsentantenhaus selbst verabschiedete *H.R. 3005* mit der republikanischen Mehrheit von 215 zu 214 Stimmen am 6. Dezember 2001.<sup>50</sup>

Das *Committee on Finance* des Senats, an welches der Gesetzesentwurf am selben Tag zur Vorbereitung der Beratungen im Senat verwiesen wurde, entschied sich auf Vorschlag des demokratischen Ausschussvorsitzenden *Max Baucus* nach Erörterungen am 12. und 18. Dezember 2001 mit einer Mehrheit von 18 zu 3 Stimmen zur Annahme einer in einigen Bereichen erheblich modifizierten Fassung des nunmehr als „*Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002*“ bezeichneten Entwurfs. Dieser wurde am 28. Februar 2002 dem Senat zur Annahme vorgelegt.<sup>51</sup> Das Gesetz kam jedoch im Senat nicht zur Abstimmung, da *Baucus* nach längeren Verhandlungen mit dem republikanischen Minderheitsführer im Finanzausschuss, *Charles E. Grassley*, und Regierungsmitgliedern am 10. Mai 2002 einen nunmehr erstmals als „*Trade Act of 2002*“ bezeichneten Gesamtentwurf in den Senat einbrachte, welcher über den als Kapitel XXI des Gesetzes aufgenommenen „*Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002*“ hinaus unter anderem den „*Trade Adjustment Assistance Reform Act of 2002*“ enthielt.<sup>52</sup> Formal betrachtet bildete der eingebrachte Gesamtentwurf einen Antrag auf Änderung bzw. Ergänzung des bereits am 16. November 2001 vom Repräsentantenhaus verabschiedeten und im Folgenden im Finanzausschuss des Senats beratenen und geänderten „*Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act*“,<sup>53</sup> welcher nunmehr als Kapitel XXXI Aufnahme in das Gesetz fand. Der *Trade Act of 2002* wurde nach einer Reihe von Änderungen am 23. Mai 2002 vom Senat mit einer Mehrheit von 66 zu 30 Stimmen angenommen.<sup>54</sup>

<sup>49</sup> Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2001, Bericht an das Repräsentantenhaus vom 16. Oktober 2001, House Rpt.107-249p1, H.R. 3005, erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/z?cp107:hr249p1](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/z?cp107:hr249p1)> (besucht am 19. August 2002); für einen Vergleich mit dem unter anderem von dem Minderheitsführer der Demokraten im Ausschuss, *Charles B. Rangel*, am 4. Oktober 2001 als Gegenentwurf eingebrachten und vom Ausschuss abgelehnten „*Comprehensive Trade Negotiating Authority Act of 2001*“ (H.R. 3019) siehe *Bolle*, Trade Promotion Authority, CRS-11 ff.

<sup>50</sup> Vgl. die vom Repräsentantenhaus verabschiedete Fassung des Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2001 vom 6. Dezember 2001, H.R. 3005, erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:1:./temp/-c1078KXQg6::>](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:1:./temp/-c1078KXQg6::>) (besucht am 19. August 2002).

<sup>51</sup> Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002, Senate-Rpt.107-139 vom 28. Februar 2002, erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/z?cp107:sr139:>](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/z?cp107:sr139:>) (besucht am 19. August 2002).

<sup>52</sup> Siehe hierzu „The Baucus-Grassley Compromise“, Pressemitteilung des Finanzausschusses vom 10. Mai 2002, erhältlich im Internet: <[www.senate.gov/-finance/press/pr051002.pdf](http://www.senate.gov/-finance/press/pr051002.pdf)> (besucht am 20. August 2002); der Text des vorgeschlagenen Trade Act of 2002 ist erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?r107:2:./temp/-r107QUdiTs:e0:>](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?r107:2:./temp/-r107QUdiTs:e0:>) (besucht am 20. August 2002).

<sup>53</sup> Vgl. die vom Repräsentantenhaus verabschiedete Fassung des Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act (H.R. 3009) vom 16. November 2001, erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:3:./temp/-c107mnK0Zm::>](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:3:./temp/-c107mnK0Zm::>) (besucht am 20. August 2002); eingehend zu diesem Gesetzesvorhaben *Hornbeck*, Andean Trade Preference Act, *passim*.

<sup>54</sup> Siehe United States Senate Vote-Number 130, erhältlich im Internet: <[www.senate.gov/legislative/vote1072/vote\\_00130.html](http://www.senate.gov/legislative/vote1072/vote_00130.html)> (besucht am 20. August 2002); die vom Senat verabschiedete Fassung des Trade Act of 2002 ist erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:6:./temp/-c107TqmS4c::>](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:6:./temp/-c107TqmS4c::>) (besucht am 20. August 2002).

Die wohl umstrittenste Modifizierung, das so genannte „*Dayton-Craig Amendment*“, ging auf einen Änderungsantrag der Senatoren *Mark Dayton* und *Larry Craig* zurück und sah die grundsätzliche Nichtanwendbarkeit der *Trade Promotion Authority* in denjenigen Fällen vor, in denen ein internationales Handelsabkommen eine Änderung bestehender so genannter „*trade remedy laws*“ der USA erforderlich gemacht hätte.<sup>55</sup> Diese in der vom Senat angenommenen Fassung des *Trade Act of 2002* enthaltene Vorschrift, die eine erhebliche Beschränkung der dem Präsidenten erteilten Verhandlungsvollmacht zur Folge gehabt hätte, stieß jedoch auf deutlichen Widerstand von Seiten der Exekutive – Präsident *Bush* hatte sogar angedroht, sein Veto gegen das Gesetz einzulegen<sup>56</sup> – und wurde in die nunmehr in Kraft getretene Fassung des Gesetzes auch lediglich in stark modifizierter Form aufgenommen.<sup>57</sup>

Als Reaktion auf die Annahme des *Trade Act of 2002* durch den Senat entschied sich das Repräsentantenhaus am 26. Juni 2002 mit 216 zu 215 Stimmen ebenfalls zu einer Zusammenfassung der oben genannten legislativen Einzelmaßnahmen in einem Gesamtentwurf, der allerdings inhaltlich in einigen Punkten Abweichungen von der im Senat beschlossenen Fassung aufwies.<sup>58</sup>

Der Senat nahm daraufhin am 12. Juli 2002 eine Anregung des Repräsentantenhauses auf, im Rahmen eines Vermittlungsausschusses („*conference committee*“) bestehend aus Mitgliedern beider Kammern eine Einigung über die umstrittenen Passagen des Gesetzes zu erreichen.<sup>59</sup> Der Ausschuss unter der Leitung des Mitglieds des Repräsentantenhauses *Thomas* legte seinen Abschlussbericht über den erzielten Kompromiss am 26. Juli 2002 vor.<sup>60</sup> Diesem stimmte das Repräsentantenhaus am 27. Juli 2002 mit 215 Stimmen bei 212 Gegenstimmen zu.<sup>61</sup> Mit der Verabschiedung durch eine Mehrheit im Senat von 64 Stimmen bei 32 Gegenstimmen am 1. August 2002<sup>62</sup> und der Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident *Bush*<sup>63</sup> trat der *Trade Act of 2002* und damit auch der darin als Kapitel XXI enthaltene *Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002* schließlich am 6. August 2002 in Kraft.

<sup>55</sup> Der Text des Änderungsantrages vom 14. Mai 2002 (S.AMDT.3408) ist erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?r107:2:./temp/-r107NFppdX::](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?r107:2:./temp/-r107NFppdX::)> (besucht am 20. August 2002); vgl. auch *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-7.

<sup>56</sup> Siehe hierzu nur *Moore*, in: The Washington Times vom 22. Juli 2002.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu unten C.II.4.; für eine eingehendere Analyse der Unterschiede zwischen der vom Repräsentantenhaus und dem Senat verabschiedeten Fassungen vgl. *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-5 ff.

<sup>58</sup> Die vom Repräsentantenhaus am 26. Juni 2002 verabschiedete Fassung des Trade Act of 2002 ist erhältlich im Internet: <[thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:3:./temp/-c1077b74Au::](http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/D?c107:3:./temp/-c1077b74Au::)> (besucht am 20. August 2002).

<sup>59</sup> Allgemein zur Funktion des Vermittlungsausschusses kurz *Brugger*, Einführung in das öffentliche Recht, 37.

<sup>60</sup> Vgl. Conference Report, House Rpt.107-624, erhältlich im Internet: <[frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107\\_cong\\_reports&docid=f:hr624.107.pdf](http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=107_cong_reports&docid=f:hr624.107.pdf)> (besucht am 20. August 2002); für eine Gegenüberstellung der umstrittenen Einzelpassagen des Gesetzesentwurfs und den jeweils erzielten Einigungsvorschlag des Konferenzausschusses, vgl. *ibid.*, 119 ff.

<sup>61</sup> Siehe Final Vote Results for Vote Call 370, erhältlich im Internet: <[clerkweb.house.gov/cgi-bin/vote.exe?year=2002&rollnumber=370](http://clerkweb.house.gov/cgi-bin/vote.exe?year=2002&rollnumber=370)> (besucht am 21. August 2002).

<sup>62</sup> United States Senate Vote-Number 207, erhältlich im Internet: <[www.senate.gov/legislative/vote1072/vote\\_00207.html](http://www.senate.gov/legislative/vote1072/vote_00207.html)> (besucht am 22. August 2002).

<sup>63</sup> Vgl. die Pressemitteilung des Präsidenten vom 6. August 2002, erhältlich im Internet: <[www.whitehouse.gov/news/releases/2002/08/20020806-4.html](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/08/20020806-4.html)> (besucht am 21. August 2002).

## II. Aufbau und Inhalt des „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“

Die Vorschriften des *Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002* (*TPA Act 2002*) lassen sich in fünf Teile gliedern.<sup>64</sup> Nach einer ausführlichen Festlegung der Ziele von Verhandlungen zu Handelsabkommen folgt die Bestimmung, auf welche Abkommen die Regelungen des *TPA Act 2002* Anwendung finden. In einem dritten Teil werden die Notifikations- und Konsultationspflichten des Präsidenten spezifiziert. Der vierte Teil regelt die Implementation des Handelsabkommens in nationales Recht. Schließlich folgen noch abschließende ergänzende Bestimmungen, zum Beispiel Begriffsbestimmungen.

### 1. Verhandlungsziele

Der *TPA Act 2002* beginnt mit den so genannten „*findings*“ des Kongresses. In diesen findet sich das Bekenntnis zum Ausbau des internationalen Handels als Mittel zur Sicherung nationaler Sicherheitsinteressen, des nationalen ökonomischen Wachstums und der „unparalleled strength of the United States in economic, political, and military affairs“.<sup>65</sup> Festgestellt wird zudem, dass die Stärkung des internationalen Handels verlangt, dass internationale Streitbeilegungsverfahren errichtet durch internationale Handelsabkommen die in diesen Übereinkommen enthaltenen Rechte und Pflichten weder ergänzen noch einschränken können.<sup>66</sup> Dabei wird insbesondere auf Bedenken des Senates bezüglich kürzlich ergangener Empfehlungen der WTO-Panel und des Appellate Body zum Antidumpingübereinkommen, Subventionsübereinkommen und dem Übereinkommen zu Schutzmaßnahmen hingewiesen.<sup>67</sup> Speziell die korrekte Anwendung des in Art. 17.6 Antidumpingübereinkommen festgelegten „*standard of review*“ wird in Frage gestellt.<sup>68</sup>

Im Anschluss an die „*findings*“ folgt in Sec. 2102 eine umfangreiche Aufzählung von Zielbestimmungen für die Verhandlungen von Handelsabkommen. In Subparagraph (a) werden die so genannten „*overall negotiating objectives*“, in Subparagraph (b) die „*principal negotiating objectives*“ und in Subparagraph (c) schließlich die „*promotion of certain priorities*“ festgelegt.

Während der *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* nur drei „*overall negotiating objectives*“ kannte,<sup>69</sup> enthält der *TPA Act 2002* nunmehr neun Ziele: Offenheit der Märkte, Reduzierung von Handelsbarrieren, die weitere Stärkung der prozeduralen Aspekte des internationalen Handelssystems einschließlich der Streitbeilegungsmechanismen, Wirtschaftswachstum, Gleichklang von Umweltschutz und

<sup>64</sup> Siehe *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-5.

<sup>65</sup> Sec. 2101 (b).

<sup>66</sup> Vgl. Sec. 2101 (b) (3); die Formulierung entspricht Art. 3.2 des *Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes* (DSU) (Anhang zum WTO-Übereinkommen).

<sup>67</sup> Eingehender zu den WTO-Streitbeilegungsverfahren in diesen Bereichen statt vieler *Vermulst/Graafsma*, WTO Disputes, *passim*.

<sup>68</sup> Vgl. allgemein zum „Standard of Review“ im WTO-Streitverfahren *Croley/Jackson*, American Journal of International Law 90 (1996), 193 ff.; *Stewart/Dwyer*, WTO Trade Remedy Disputes, 48 ff.; *Waincymer*, WTO Litigation, 347 ff.; *Vermulst/Graafsma*, WTO Disputes, 63 ff.

<sup>69</sup> Sec. 1101 (a) Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988.

Welthandel, Achtung der Arbeitnehmerrechte, Verhinderung der Reduzierung oder Schwächung von nationalen Umwelt- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen als Handelsanreiz, gleicher Zugang von mittelständischen Unternehmen zu internationalen Märkten und die weltweite Ratifikation und Umsetzung der International Labour Organization (ILO)-Konvention Nr. 182 zur Verhinderung der schwersten Formen von Kinderarbeit. Insbesondere die Einbeziehung der Ziele Umwelt- und Arbeitnehmerschutz ist dabei von Bedeutung.

Im Unterschied zu den „*overall negotiating objectives*“ sind die „*principal negotiating objectives*“ konkreter gefasst. Insgesamt enthält der *TPA Act 2002* siebzehn solcher Zielbestimmungen.<sup>70</sup> Hierin enthalten sind Zielbestimmungen betreffend Handelsbarrieren, Dienstleistungshandel, Investitionsschutz, Schutz von geistigem Eigentum, Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Verbesserung von WTO und multilateralen Handelsabkommen, Regulierungspraktiken anderer Staaten, E-Commerce, Reziprozität im Agrarhandel, Arbeit und Umwelt, Streitbeilegung im Rahmen von Handelsabkommen, WTO-Verhandlungen über den Handel mit zivilen Luftfahrzeugen und über Herkunftsregeln, so genannte „*trade remedy laws*“ (*antidumping*, *countervailing duty* und *safeguard laws*), das so genannte „*Border Tax Adjustment*“, Textilhandel und die Verhinderung der schwersten Formen von Kinderarbeit. Das vormals in dem vom Senat am 23. Mai 2002 verabschiedeten Entwurf enthaltene Ziel der Förderung der Menschenrechte und der Demokratie<sup>71</sup> wurde nicht übernommen.

Anders als in vorherigen Handelsgesetzen enthält der *TPA Act 2002* in Subparagraph (c) schließlich noch zwölf Bestimmungen bezüglich der so genannten „*promotion of certain priorities*“. Diese betreffen hauptsächlich die Themen Arbeit und Umwelt, z.B. die engere Kooperation zwischen ILO und WTO,<sup>72</sup> die Überprüfung der Auswirkung von Handelsverträgen auf die Beschäftigungslage in den Vereinigten Staaten, die Förderung der Beachtung von multilateralen Umweltschutzabkommen und, sofern diese zu Handelsmaßnahmen ermächtigen, Verhandlungen über deren Vereinbarkeit mit Art. XX GATT 1994 zu führen. Daneben werden noch der Schutz von legitimen Interessen, wie z.B. Verbraucherschutz, Schutz von Gesundheit, Sicherheitsinteressen, aufgeführt. Schließlich soll auf konsultativer Basis ein Mechanismus durch die Parteien zu einem Handelsabkommen errichtet werden, um die Auswirkungen von erheblichen und unvorhersehbaren Währungsschwankungen auf den Handel zu untersuchen. Die ursprüngliche in den Entwürfen enthaltene Bestimmung der Erhaltung der uneingeschränkten Möglichkeit zur Durchsetzung der nationalen Handelsgesetze als „*promotion of certain priorities*“ erfolgt nun in Subparagraph (b) (14). Dies ist insofern bedeutend, als das der *TPA Act 2002* nur auf solche Handelsabkommen Anwendung findet, die Fortschritte in der Erreichung der in Sec. 2102 (a) und (b) festgelegten Ziele machen.<sup>73</sup>

<sup>70</sup> Sec. 2102 (b); Sec. 1101 (b) des Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988 enthielt sechzehn so genannter „*principle trade negotiation objectives*“.

<sup>71</sup> Vgl. Sec. 2102 (b) (12) des Senatsentwurfs vom 23. Mai 2002.

<sup>72</sup> Zur bisherigen Kooperation zwischen WTO und ILO *Tietje*, in: Delbrück (Hrsg.), *Cooperation*, 45 (53 f.); *ders.*, *Journal of World Trade* 36 (2002), 501 (508); allgemein zur Zusammenarbeit der WTO mit anderen internationalen Organisationen *ders.*, *Die institutionelle Ordnung*, in: *Berisch/Priß* (Hrsg.), *WTO-Handbuch*, Rn. 75 ff., m.w.N.

<sup>73</sup> Sec. 2103 (b) (2).

Die detaillierten Zielbestimmungen nehmen nicht nur einen großen Umfang des *TPA Act 2002* ein, sie sind auch deutlich umfassender als in vorherigen Handelsgesetzen ausgestaltet. Auf ihre Bedeutung und einzelne Bestimmung wird später noch einzugehen sein.

## 2. Anwendungsbereich der *Trade Promotion Procedure*

Im Anschluss an die ausführlichen Zielbestimmungen folgt in Sec. 2103 die Bestimmung der so genannten „*Trade Agreements Authority*“. In Subparagraph (a) wird der Präsident ermächtigt, Zollabkommen zu schließen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 1. Juni 2005 (mit der Möglichkeit einer Verlängerung bis zum 1. Juni 2007). Der Kongress ist von der Absicht des Präsidenten zum Abschluss eines solchen Abkommens in Kenntnis zu setzen. Zur Umsetzung bedarf es keiner Gesetzgebung, sie erfolgt vielmehr durch eine so genannte „*proclamation*“.<sup>74</sup> Dies gilt jedoch nur eingeschränkt für den Fall, dass eine Zollsenkung um nicht mehr als 50 Prozent zum im Zeitpunkt des Abschlusses des Gesetzes geltenden Zollsatz erfolgt oder der Zollsatz für bestimmte so genannte „*import sensitive agricultural products*“<sup>75</sup> nicht unter den im Uruguay-Abkommen festgelegten Zollsatz fällt. Weiterhin darf ein Zoll nicht über den zum Zeitpunkt des Abschlusses des Gesetzes geltenden Satz erhöht werden.<sup>76</sup> Liegt eine der Einschränkungen vor, so ist die Umsetzung durch Gesetz nach dem in Sec. 2105 bestimmten Verfahren erforderlich.<sup>77</sup> Weiterhin existiert noch eine Einschränkung hinsichtlich der Höhe der Gesamtzollreduzierung.<sup>78</sup> Die Kompetenz zur Änderung der Zollsätze gem. Sec. 111 (b) des *Uruguay Round Agreements Act*<sup>79</sup> wird durch diese Vorschrift nicht beeinträchtigt. Im Wesentlichen entspricht diese Bestimmung der parallelen Bestimmung in Sec. 1102 (a) *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.

Sec. 2103 (b) enthält Bestimmungen für andere, nicht bereits von Subparagraph (a) erfasste Zollabkommen und für Abkommen über nichttarifäre Handelshemmnisse. Diese Handelsabkommen werden von Subparagraph (b) jedoch nur dann erfasst, wenn sie Fortschritte im Hinblick auf die in Sec. 2102 (a) und (b) genannten Zielbestimmungen darstellen und der Präsident die in Sec. 2104 statuierten Notifizierungs- und Konsultationspflichten erfüllt. Ebenso wie in Subparagraph (a) wird die *Trade Promotion Authority* zeitlich befristet auf Abkommen, die vor dem 1. Juni 2005 geschlossen werden, mit der Möglichkeit einer Verlängerung der Frist bis zum 1. Juni 2007.<sup>80</sup>

<sup>74</sup> Sec. 2103 (a) (1) (B).

<sup>75</sup> Diese werden in Sec. 2113 (10) legaldefiniert als „Agrarprodukte, die Bestandteil von Zollverhandlungen während der Uruguay-Runde waren und deren Zollsatz in der Schlussakte der Uruguay-Runde nicht weniger als 97.5 % des vorher gültigen Zollsatzes entsprach oder die einer so genannten ‚tariff rate quota‘ unterliegen.“

<sup>76</sup> Sec. 2103 (a) (2).

<sup>77</sup> Vgl. Sec. 2103 (a) (5); näher zu diesem Verfahren im Folgenden unter C.II.4.

<sup>78</sup> Siehe Sec. 2103 (a) (3).

<sup>79</sup> 19 U.S.C. 2902; vgl. auch Sec. 101 des Trade Act of 1974.

<sup>80</sup> Sec. 2103 (a) (7).

Auf die Umsetzung eines unter diesen Voraussetzungen geschlossenen Abkommens mittels einer so genannten „*implementing bill*“ findet Sec. 151 des *Trade Act of 1974* Anwendung.<sup>81</sup> Dieses eigentliche *Fast-Track*-Verfahren bedeutet, dass das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung in das Repräsentantenhaus und den Senat eingebracht und dann an das *Committee on Ways and Means of the House of Representatives* bzw. das *Committee on Finance of the Senate* weitergeleitet werden muss. Die Ausschüsse haben dann maximal 45 Tage Zeit das Gesetz zu diskutieren. Anschließend muss innerhalb von 15 Tagen im Repräsentantenhaus bzw. dem Senat abgestimmt werden. Dabei ist die Dauer der Debatte auf 20 Stunden begrenzt, und es besteht ausschließlich die Möglichkeit der Annahme oder Ablehnung des Gesetzes. Dieses Verfahren wird nun als so genannte „*trade authority procedure*“ bezeichnet.<sup>82</sup>

In Sec. 2103 (c) wird das Verfahren zur Verlängerung der zeitlichen Beschränkung festgelegt. Prinzipiell findet die „*trade authority procedure*“ nur auf Abkommen Anwendung, die vor dem 1. Juli 2005 geschlossen werden. Eine Erweiterung dieser Frist zum 1. Juli 2007 kann nur auf Antrag des Präsidenten erfolgen. Allerdings steht eine Verlängerung unter der Bedingung, dass weder Senat noch Repräsentantenhaus bis zum 1. Juni 2005 eine so genannte „*extension disapproval resolution*“ verabschieden.<sup>83</sup> Der Antrag des Präsidenten muss zudem einen Bericht an den Kongress über die verhandelten Abkommen, den Fortschritt in der Erreichung der Zielbestimmungen und eine Begründung für die Notwendigkeit der Verlängerung zum Abschluss der Verhandlungen beinhalten.<sup>84</sup> Weiterhin müssen das „*Advisory Committee for Trade Policy and Negotiations*“ und die „*International Trade Commission (ITC)*“ einen Bericht an den Kongress übermitteln. Eine „*extension disapproval resolution*“ kann von jedem Mitglied einer Kammer des Kongresses eingebracht werden. Die Debatten in beiden Häusern unterliegen den prozeduralen Beschränkungen der Sec. 152 (d) und (e) des *Trade Act of 1974* (max. 20 Stunden Debatte, etc.). Eine Debatte im Repräsentantenhaus kann nur nach erfolgter Stellungnahme des *Committee on Ways and Means* und des *Committee on Rules* erfolgen. Für eine Senatsdebatte ist die vorherige Stellungnahme des *Committee on Finance* erforderlich.

Mit Ausnahme des Erfordernisses eines Berichts der ITC entsprechen die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Frist denen des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.<sup>85</sup>

In Sec. 2103 (d) schließlich ist eine Verpflichtung des Präsidenten statuiert, Verhandlungen über tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse mit Staaten aufzunehmen, die nicht Parteien zu bereits existierenden Verträgen sind, wenn dies im Sinne US-amerikanischer Interessen ist. Im Anschluss folgt eine Aufzählung von Wirtschaftsbereichen in denen dies insbesondere der Fall ist. Im Rahmen dieser Verhandlungen sind die Zielbestimmungen von Sec. 2102 (b) zu berücksichtigen.

<sup>81</sup> Sec. 2103 (b) (3); Sec. 1103 (b) (1) (A) des Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988 verweist ebenso auf Sec. 151 des Trade Act of 1974.

<sup>82</sup> In Sec. 1103 (b) (1) (A) des Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988 wird das Verfahren noch als „fast track procedures“ bezeichnet.

<sup>83</sup> Vgl. Sec. 2103 (c) (1) (B).

<sup>84</sup> Sec. 2103 (c) (2).

<sup>85</sup> Vgl. Sec. 1103 (b) des Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988.

### 3. Konsultations- und Notifikationspflichten

Wesentliche Voraussetzung für die Anwendung der „*trade authority procedure*“ ist die Erfüllung der in Sec. 2104 statuierten Konsultations- und Notifikationspflichten. Diese sind deutlich umfangreicher gestaltet als im *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*. Insbesondere wird ein neues Gremium, die so genannte „*Congressional Oversight Group*“,<sup>86</sup> geschaffen, der bestimmte Informationsrechte zukommen.

Zunächst hat der Präsident mindestens 90 Tage vor Beginn von Verhandlungen den Kongress umfangreich zu informieren. Bereits vor und auch nach dieser Bekanntgabe hat der Präsident Konsultationen mit dem *Committee on Finance*, dem *Committee on Ways and Means*, der *Congressional Oversight Group*, sowie je nach Fall mit weiteren der Sache nach zuständigen Ausschüssen zu führen.<sup>87</sup> Die *Congressional Oversight Group* kann sowohl vor als auch während der Verhandlungen ein Treffen mit dem Präsidenten verlangen.<sup>88</sup>

Spezielle Bestimmungen existieren zu Verhandlungen im Bereich der Landwirtschaft, insbesondere in Bezug auf so genannte „*import sensitive products*“ und der Fischindustrie sowie im Textilsektor.<sup>89</sup>

Vor dem Abschluss eines Abkommens bestimmt Sec. 2103 (d) die Pflicht zur Durchführung von Konsultationen mit dem *Committee on Ways and Means*, dem *Committee on Finance*, der *Congressional Oversight Group* sowie jedem Ausschuss, der in Angelegenheiten zuständig ist, die durch das Abkommen betroffen sein könnten. Diese sollen mit Blick auf die Art des Abkommens, die Erreichung der im *TPA Act 2002* bestimmten Ziele und die Implementation des Abkommens in nationales Recht, insbesondere bezüglich der Änderung bestehenden Rechts, geführt werden.

Eine wesentliche Neuerung des *TPA Act 2002* ist das Erfordernis eines Berichtes zu potentiell erforderlichen Änderungen von „*trade remedy laws*“ durch die Umsetzung eines Handelsabkommens.<sup>90</sup> Demzufolge muss der Präsident mindestens 180 Tage vor Abschluss der Verhandlungen dem *Committee on Ways and Means* und dem *Committee on Finance* einen Bericht zu möglichen Änderungen von *Title VII of the Tariff Act of 1930* oder *Chapter 1 of Title II of the Trade Act of 1974* und der Vereinbarkeit mit der Zielbestimmung in Sec. 2102 (b) (14) erstellen. Ursprünglich sah die Senatsfassung entsprechend dem Änderungsvorschlag der Senatoren *Dayton* und *Craig*<sup>91</sup> in Sec. 2103 (b) (4) vor, dass die „*trade promotion procedure*“ keine Anwendung auf Abkommen finden soll, die eine Änderung von bestehenden „*trade remedy laws*“ erfordern. In Folge der Verhandlungen zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senat wurde auf diese Bestimmung verzichtet. Beibehalten wurde hingegen Sec. 2104 (d) (3) (A) des Senatentwurfs. Zusätzlich wurden noch die zuvor in keinem Entwurf enthaltenen Sec. 2104 (d) (3) (C) und Sec. 2105 (b) (2) (B) 2. HS<sup>92</sup> eingeführt.

<sup>86</sup> Sec. 2107; näher hierzu unter C.II.5.

<sup>87</sup> Sec. 2104 (a) (1), (2).

<sup>88</sup> Sec. 2104 (a) (3).

<sup>89</sup> Sec. 2104 (b), (c).

<sup>90</sup> Sec. 2104 (d) (3).

<sup>91</sup> Vgl. dazu oben C.I.

<sup>92</sup> Vgl. dazu unten C.II.4.

Sec. 2104 (d) (3) (C) sieht die Möglichkeit beider Kammern zur Verabschiedung einer Resolution für den Fall vor, dass im Anschluss an den Bericht des Präsidenten eine der Kammern der Überzeugung ist, dass die erforderlichen Änderungen der „*trade remedy laws*“ nicht mit der Zielbestimmung in Sec. 2102 (b) (14) vereinbar sind. Das dabei anwendbare Verfahren ähnelt dem Verfahren zur Verabschiedung einer „*extension disapproval order*“, d.h. jedes Mitglied ist antragsberechtigt und vor einer Beratung der Resolution im Repräsentantenhaus bzw. dem Senat muss das *Committee on Ways and Means* und das *Committee on Rules* bzw. das *Committee on Finance* Stellung nehmen.<sup>93</sup>

Der Bericht des *Advisory Committee* wie er von Sec. 135 (e) (1) des *Trade Act of 1974* verlangt wird, ist auch nach dem Verfahren des *Trade Promotion Authority Act 2002* erforderlich.

Schließlich ist ein weiteres Notifikationserfordernis in Subparagraph (f) enthalten. Demzufolge muss der Präsident mindestens 90 Tage vor Abschluss eines Abkommens die ITC informieren und seinerseits eine Stellungnahme der ITC anfordern. Diese soll spätestens 90 Tage nach Abschluss des Vertrages an den Präsidenten und an den Kongress übermittelt werden und die wahrscheinlichen Auswirkungen auf die US-Wirtschaft beleuchten.

Die umfangreichen Notifikations- und Konsultationspflichten sichern dem Kongress die Einflussnahme vor und während der Verhandlungen zu einem Handelsabkommen. Er kann dadurch hinreichend die Formulierung des Vertrages selbst und des Implementationsgesetzes beeinflussen und dabei die eigenen Interessen hinsichtlich verschiedener Zielbestimmungen verfolgen.<sup>94</sup>

#### 4. *Implementation in das nationale Recht*

Sec. 2105 enthält ausführliche Bestimmungen über die Implementation eines Handelsabkommens in das nationale Recht. Zunächst werden wiederum Notifikationsanforderungen an den Präsidenten aufgestellt.<sup>95</sup> Der Präsident muss demzufolge mindestens 90 Tage vor Abschluss eines Abkommens den Kongress von der Absicht der Unterzeichnung unterrichten und dies im so genannten „*Federal Register*“ anzeigen. Innerhalb von 60 Tagen nach Abschluss des Abkommens muss er dem Kongress die notwendigen Änderungen nationalen Rechts erläutern. Weiterhin muss er nach Abschluss eines Abkommens den Vertragstext zusammen mit einem Entwurf eines Implementierungsgesetzes, notwendigen administrativen Maßnahmen und weiteren Informationen übermitteln. Diese weiteren Informationen umfassen eine Erklärung zu erforderlichen Änderungen gültigen nationalen Rechts und eine Feststellung und Begründung über die Förderung bestimmter Ziele, Politiken und Interessen.<sup>96</sup> Insofern ist das Verfahren mit dem des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* vergleichbar.<sup>97</sup>

<sup>93</sup> Siehe Sec. 2104 (d) (3) (C) (I) (iii)-(vi).

<sup>94</sup> *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, *Trade Promotion (Fast Track) Authority*, CRS-23 ff.

<sup>95</sup> Sec. 2105 (a) (1).

<sup>96</sup> Sec. 2105 (a) (2).

<sup>97</sup> Vgl. Sec. 1103 (a) des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.

Zusätzlich wird festgestellt, dass Abkommen oder Absprachen, die nicht zuvor dem Kongress offenbart wurden, kein Bestandteil des vom Kongress zu bestätigenden Abkommens seien. Demzufolge soll ihnen weder innerstaatliche Wirkung zukommen, noch sollen sie von einem Streitbeilegungsorgan berücksichtigt werden können.<sup>98</sup>

Von großer Bedeutung sind die in Sec. 2105 (b) aufgezählten Einschränkungen der Anwendung der „*trade authority procedure*“. Danach findet das Verfahren auf die Implementation von Abkommen keine Anwendung, wenn beide Kammern des Kongresses innerhalb von 60 Tagen eine „*procedural disapproval resolution*“ verabschieden. Eine solche kann von jedem Mitglied einer Kammer eingebracht werden und steht erst nach Stellungnahme des *Committee of Way and Means* und des *Committee on Rules* im Repräsentantenhaus bzw. nach Stellungnahme des *Committee on Finance* im Senat zur Diskussion. Auch finden wiederum Sec. 152 (d) und (e) auf das Verfahren im Kongress Anwendung (max. 20 Stunden Debatte, etc.). Dies gilt allerdings nicht, wenn bereits eine „*procedural disapproval resolution*“ oder eine Resolution i.S.d. Sec. 2104 (d) (3) (C) (ii) in Bezug auf das zur Debatte stehende Abkommen in den Kongress eingebracht wurde.<sup>99</sup> Letztere Ausnahme bezieht sich auf eine Resolution mit der festgestellt wird, dass eine vorgeschlagene Änderung der „*trade remedy laws*“ mit der Zielbestimmung der Sec. 2102 (b) (14) unvereinbar ist. Diese Vorschrift, die sich weder im Senatsentwurf noch im Entwurf des Repräsentantenhauses findet, wurde als Ausgleich für die Streichung des so genannten „*Dayton-Craig-Amendment*“ eingefügt.

Eine „*procedural disapproval resolution*“ kann verabschiedet werden, wenn der Präsident es unterlassen hat, die Notifikations- und Konsultationsverpflichtungen des *TPA Act 2002* zu erfüllen. Insofern stimmt diese Regelung mit der bisherigen des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* überein.<sup>100</sup> Allerdings enthält der *TPA Act 2002* eine Aufzählung von Gründen, wann eine solche Verletzung der Notifikations- und Konsultationspflichten vorliegt.<sup>101</sup> Demzufolge kann eine „*procedural disapproval resolution*“ auf folgende Gründe gestützt werden: Verletzung der Notifikations- und Konsultationspflichten i.S.d. Sec. 2104 und 2105, Unterlassen einer Erarbeitung von Richtlinien für den Austausch von Informationen zwischen dem US-Handelsbeauftragten und der *Congressional Oversight Group* i.S.d. Sec. 2107 (b) bzw. die Missachtung bereits ausgearbeiteter Richtlinien sowie Unterlassen des Präsidenten sich mit der *Congressional Oversight Group* auf deren Aufforderung hin zu treffen. Schließlich kann eine solche Resolution auch verabschiedet werden, falls das Abkommen keinen Fortschritt in der Erreichung der Ziel- und Zweckbestimmungen macht. Insbesondere dieser letzte Grund hat nur noch wenig mit der Verletzung von prozeduralen Verpflichtungen zu tun. Hier liegt ein bemerkenswerter Unterschied zum *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.

Für die Verhandlungen im Rahmen der WTO ist die Bestimmung in Sec. 2105 (b) (3) von Bedeutung. Danach haben der *Secretary of Commerce*, der *Secretary of State*, der *Secretary of Treasury*, der *Attorney General* und der US-Handelsbeauftragte bis zum 31. Dezember 2002 dem Kongress einen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht soll darstellen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Bedenken des Kongres-

<sup>98</sup> Sec. 2105 (a) (4).

<sup>99</sup> Sec. 2105 (b) (2) (B).

<sup>100</sup> Siehe Sec. 1103 (a) des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.

<sup>101</sup> Sec. 2105 (b) (1) (B) (ii) (I)-(IV).

ses, die dieser im Hinblick auf die Praxis der WTO-Streitbeilegungsorgane und die Frage, ob diese Rechte und Pflichten der Mitglieder unzulässigerweise ergänzt oder eingeschränkt haben, zu berücksichtigen. Solange ein solcher Bericht nicht erstellt wurde, ist die „*trade authority procedure*“ nicht auf Abkommen anzuwenden, die im Rahmen der WTO abgeschlossen wurden.

### 5. Abschließende Regelungen

Sec. 2106 enthält Bestimmungen in Bezug auf Abkommen, deren Verhandlungen bereits vor in Kraft treten des *TPA Act 2002* begonnen haben. In diesen Fällen werden die Notifikationspflichten modifiziert.

Sec. 2107 regelt die Gründung und Aufgaben der *Congressional Oversight Group*. Dieses neue Gremium setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden und dem so genannten „*ranking member*“ des *Committee on Ways and Means* und drei weiteren Mitgliedern des Ausschusses, dem Vorsitzenden und dem „*ranking member*“ eines jeden weiteren Ausschusses des Repräsentantenhauses, welches der Sache nach zuständig wäre, dem Vorsitzenden und „*ranking member*“ des *Committee on Finance* und drei weiteren Mitgliedern des Ausschusses sowie dem Vorsitzenden und dem „*ranking member*“ jedes weiteren Ausschusses des Senates, der der Sache nach zuständig wäre.<sup>102</sup> Aufgabe der *Congressional Oversight Group* ist der Informationsaustausch mit und die Beratung des US-Handelsbeauftragten während der Verhandlung und Ausarbeitung von Handelsabkommen.

In einem letzten Teil des *TPA Act 2002* sind abschließende Regelungen enthalten. Diese betreffen das Erfordernis eines Planes für zusätzlich notwendigen Personalbestand,<sup>103</sup> die zusätzlich benötigten Mittel für die Ausschüsse,<sup>104</sup> die erforderlichen Änderungen des *Trade Act of 1974*,<sup>105</sup> einen Bericht über die Auswirkung der „*trade promotion authority*“,<sup>106</sup> die Interessen des Mittelstandes<sup>107</sup> und schließlich Begriffsdefinitionen.<sup>108</sup>

### D. Reaktionen auf internationaler Ebene

Der damalige Generaldirektor der WTO, *Mike Moore*, begrüßte bereits nach der Zustimmung im Senat am 2. August 2002 die erneute Erteilung eines Verhandlungsmandats an den US-Präsidenten als einen wichtigen Schritt für erfolgreiche Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde.<sup>109</sup> Auch die WTO-Mitglieder reagierten

---

<sup>102</sup> Sec. 2107 (a) (2), (3).

<sup>103</sup> Sec. 2108.

<sup>104</sup> Sec. 2109.

<sup>105</sup> Sec. 2110.

<sup>106</sup> Sec. 2111.

<sup>107</sup> Sec. 2112.

<sup>108</sup> Sec. 2113.

<sup>109</sup> Vgl. die Presseerklärung des Generaldirektors vom 2. August 2002, Press/308, erhältlich im Internet: <[http://www.wto.org/english/news\\_e/pres02\\_e/pr308\\_e.htm](http://www.wto.org/english/news_e/pres02_e/pr308_e.htm)> (besucht am 21. August 2002).

grundsätzlich positiv auf die Verabschiedung des *Trade Act of 2002* und äußerten gleichzeitig die Erwartung positiver Impulse für den Verlauf der neuen Welthandelsrunde. So erklärte beispielsweise der EU-Handelskommissar *Pascal Lamy*: „This decision removes an important roadblock to the Doha Development Agenda in particular. Now we have to use this important development to generate real momentum in these negotiations.“<sup>110</sup> In seiner Stellungnahme vom 2. August 2002 führte Bundeswirtschaftsminister *Werner Müller* unter anderem aus: „Ich begrüße ausdrücklich, dass der US-Präsident zum ersten Mal seit acht Jahren wieder freie Hand zum Abschluss von Handelsabkommen hat. ... Ich erwarte, dass die USA nunmehr – wie schon die EU – zu einer der treibenden Kräfte der neuen Welthandelsrunde werden und sich noch aktiver dafür einsetzen, durch weitere Liberalisierungen und verbesserte Handelsregelungen einen Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung weltweit zu geben.“<sup>111</sup> In ähnlicher Weise äußerte sich die japanische Außenministerin *Yoriko Kawaguchi*, welche die Erwartung zum Ausdruck brachte, dass die USA „will play a more proactive role in the new WTO round“,<sup>112</sup> der dänische Außenminister *Per Stig Møller*, der die Verabschiedung des Gesetzes als „important sign ... to ensure momentum in the international trade negotiations“ bezeichnete,<sup>113</sup> und *George Yeo*, Minister für Handel und Industrie in Singapur, der die nunmehr gestärkte Führungsrolle der USA bei den Liberalisierungsbemühungen im Bereich des internationalen Handelssystems hervorhob.<sup>114</sup> Auch der australische Handelsminister *Mark Vaile* erklärte, dass „the Trade Promotion Authority will allow the U.S. to show strong leadership in the World Trade Organization’s Doha Development Round and global trade reform.“<sup>115</sup> Zurückhaltender äußerte sich demgegenüber beispielsweise der brasilianische Außenminister *Celso Lafer*. Obwohl auch er die Erteilung der Verhandlungsvollmacht an den US-Präsidenten als wichtigen Schritt für den Fortgang der Doha-Runde wertete,<sup>116</sup> sagte er schwierige Verhandlungen insbesondere im Hinblick auf den Abschluss von

---

<sup>110</sup> Siehe die Pressemitteilung der Europäischen Union vom 2. August 2002, IP/02/1188, erhältlich im Internet: <[http://www.europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p\\_action.gettxt=gt&doc=IP/02/1188|0|RAPID&lg=EN&display=>](http://www.europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/02/1188|0|RAPID&lg=EN&display=>)> (besucht am 21. August 2002).

<sup>111</sup> Vgl. die Pressemitteilung vom 2. August 2002, erhältlich im Internet: <<http://www.bmwi.de/Homepage/Presseforum/Pressemitteilungen/2002/2802prm1.jsp>> (besucht am 21. August 2002).

<sup>112</sup> Vgl. die Erklärung der japanischen Außenministerin vom 2. August 2002, erhältlich im Internet: <[www.japansamb.se/nyhet020802a.htm](http://www.japansamb.se/nyhet020802a.htm)> (besucht am 22. August 2002).

<sup>113</sup> Vgl. die Erklärung des dänischen Außenministers vom 2. August 2002, erhältlich im Internet: <[www.denmarkemb.org/news/news\\_08\\_02\\_02.html](http://www.denmarkemb.org/news/news_08_02_02.html)> (besucht am 22. August 2002).

<sup>114</sup> Siehe die Presseerklärung vom 29. Juli 2002, erhältlich im Internet: <[www.mti.gov.sg/public/NWS/frm\\_NWS\\_Default.asp?sid=38&cid=1211](http://www.mti.gov.sg/public/NWS/frm_NWS_Default.asp?sid=38&cid=1211)> (besucht am 22. August 2002).

<sup>115</sup> Der Kommentar des australischen Handelsministers vom 1. August 2002 ist erhältlich im Internet: <[story.news.yahoo.com/news?tmpl=story&u=/dowjones/20020802/bs\\_dowjones/200208012009001034](http://story.news.yahoo.com/news?tmpl=story&u=/dowjones/20020802/bs_dowjones/200208012009001034)> (besucht am 21. August 2002).

<sup>116</sup> Vgl. den Kommentar des brasilianischen Außenministers vom 2. August 2002 („The TPA opens the door for other multilateral negotiations, including the Doha round of the World Trade Organization.“), erhältlich im Internet: <[story.news.yahoo.com/news?tmpl=story&u=/dowjones/20020802/bs\\_dowjones/200208021658000543](http://story.news.yahoo.com/news?tmpl=story&u=/dowjones/20020802/bs_dowjones/200208021658000543)> (besucht am 22. August 2002).

Handelsabkommen im Agrarbereich voraus, da „the negative point is that Congress can still supervise tariff concessions for so-called sensitive products“.<sup>117</sup>

Auf der Ebene der nichtstaatlichen internationalen Akteure waren die Reaktionen auf die Zustimmung des Kongresses zum *Trade Act of 2002* und die möglichen Implikationen für den Fortgang der Doha-Runde der WTO geteilt.<sup>118</sup> Eine ganze Reihe transnationaler Unternehmen und die exportorientierten Industriezweige in den USA begrüßten die Verabschiedung des Gesetzes als „a very welcome sign of renewed U.S. leadership in the global economy“<sup>119</sup> und stellten die Bedeutung der Erteilung des Verhandlungsmandats an den Präsidenten insbesondere auch für die Verhandlungen im Rahmen der WTO heraus.<sup>120</sup> Demgegenüber haben sich eine Vielzahl internationaler nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) bislang überwiegend kritisch zu Inhalt und Vorgaben der erzielten *Trade Promotion Authority* geäußert. Obgleich eine Reihe von NGOs Einfluss auf die Gestaltung des Gesetzes ausübten – so geht beispielsweise die aufgrund eines Änderungsantrags des demokratischen Senators *Edward M. Kennedy* aufgenommene Respektierung der von der WTO-Ministerkonferenz in Doha verabschiedeten *Declaration on the TRIPS-Agreement and Public Health* als eines der *Principle Trade Negotiation Objects*<sup>121</sup> maßgeblich auf die Initiative und Unterstützung von *Oxfam America* zurück<sup>122</sup> – bezog sich die Kritik bereits im Vorfeld der Verabschiedung der *Trade Promotion Authority* unter anderem darauf, dass der Gesetzentwurf die möglichen negativen Auswirkungen von Handelsabkommen auf eingeborene Bevölkerungsteile und die Umwelt in den betroffenen Staaten nur unzureichend berücksichtigt.<sup>123</sup> Noch unmittelbar vor der Abstimmung hatten zwölf NGOs, unter ihnen

<sup>117</sup> *Ibid.*; vgl. zur Position Brasiliens auch *Andrews*, in: The New York Times vom 18. August 2002; sowie allgemein *Hanrahan/Becker/Jurenas*, Agricultural Trade Issues, CRS-3 ff.

<sup>118</sup> Allgemein zur Rolle internationaler nichtstaatlicher Akteure im Rahmen der WTO *Tietje*, Die institutionelle Ordnung, in: Berrisch/Prieß (Hrsg.), WTO-Handbuch, Rn. 80 ff.; *Benedek*, in: ders. u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Konrad Ginther, 228 ff.; *Marceau/Pedersen*, Journal of World Trade 33 (Nr.1, 1999), 5 ff.; *Esty*, Journal of International Economic Law 1 (1998), 123 ff.; *Dunoff*, Journal of International Economic Law 1 (1998), 433 ff.; *Charnovitz*, University of Pennsylvania Journal of International Economic Law 17 (1996), 331 ff.; *Nowrot*, Indiana Journal of Global Legal Studies 6 (1999), 579 (627); *Reichert*, Minnesota Journal of Global Trade 5 (1996), 219 ff., jeweils m.w.N.

<sup>119</sup> So beispielsweise die Reaktion des Präsidenten des United States Council for International Business, *Thomas Niles*, erhältlich im Internet: <[www.iccwbo.org/home/news\\_archives/2002/stories/US\\_trade.asp](http://www.iccwbo.org/home/news_archives/2002/stories/US_trade.asp)> (besucht am 21. August 2002).

<sup>120</sup> *Ibid.* („Our trading partners have shown themselves unwilling to make any serious commitments without assurances that Congress will not seek to renegotiate hard-fought trade pacts.“).

<sup>121</sup> Vgl. Sec. 2102 (b) (4) (C); die Declaration on the TRIPS Agreement and Public Health vom 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/2, ist abgedruckt in: I.L.M. 41 (2002), 755 f.; eingehender hierzu *Abbott*, Journal of International Economic Law 5 (2002), 469 ff.; *Otero Garcia-Castrillón*, Journal of International Economic Law 5 (2002), 212 ff.

<sup>122</sup> Siehe die diesbezügliche Pressemitteilung von *Oxfam America* vom 29. Mai 2002, erhältlich im Internet: <[www.oxfamamerica.org/advocacy/art2661.html](http://www.oxfamamerica.org/advocacy/art2661.html)> (besucht am 22. August 2002).

<sup>123</sup> Vgl. nur beispielsweise den Brief des *Africa Faith and Justice Network* an den US-Senat vom 22. April 2002, Mitteilung hierüber erhältlich im Internet: <[afjn.cua.edu/AA%20May%2002.cfm](http://afjn.cua.edu/AA%20May%2002.cfm)> (besucht am 22. August 2002); den Brief des *Washington Office on Africa* an die Senatoren vom 10. April 2002, erhältlich im Internet: <[www.woafrica.org/FastTrackSignon.htm](http://www.woafrica.org/FastTrackSignon.htm)> (besucht am 22. August 2002); die Presseerklärung des Präsidenten der *National Wildlife Federation* vom 22. Mai 2002, erhältlich im Internet: <[www.nwf.org/trade/kerryamendment.html](http://www.nwf.org/trade/kerryamendment.html)> (besucht am 22. August 2002); sowie bereits als Reaktion auf die Bekanntgabe der *2001 International Trade Legis-*

*Greenpeace, Friends of the Earth, Sierra Club* und *Earthwatch*, nach Veröffentlichung des Abschlussberichts des Vermittlungsausschuss am 26. Juli 2002 in einer gemeinsamen Erklärung die Mitglieder des Kongresses aus Gründen des Umweltschutzes zur Ablehnung des Gesetzesentwurfs aufgefordert.<sup>124</sup> Nach Verabschiedung des *Trade Act of 2002* sagte der Direktor des *Sierra Club*, *Carl Pope*, voraus, dass „the House’s capitulation to powerful business interests could jeopardize many of the environmental protections Americans take for granted“.<sup>125</sup> *Lori Wallach*, Direktorin von *Public Citizen’s Global Trade Watch*, kritisierte im Hinblick auf eine ihrer Auffassung nach gestärkte Position transnationaler Unternehmen, dass der Kongress einer „corporate deregulation across the board on a global basis“ zugestimmt habe.<sup>126</sup>

## E. Bewertung der Verhandlungsvorgaben im Lichte der Doha-Runde der WTO

Die umfangreichen und detaillierten Zielvorgaben des *TPA Act 2002* determinieren in entscheidender Weise die zukünftigen Positionen der US-Administration in den kommenden Verhandlungen über Handelsabkommen. Dies gilt insbesondere für Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde. Auf der vierten Ministerkonferenz in Doha vom 9.-14. November hatten die Mitglieder der WTO eine neue Welthandelsrunde eingeläutet. Der Zeitplan für die Verhandlungen sieht eine Zwischenprüfung der Verhandlungsergebnisse während der fünften Ministerkonferenz in Mexico 2003 und den Abschluss der Verhandlungen bis zum 1. Januar 2005 vor.<sup>127</sup> Das Verhandlungsmandat umfasst neben den Themen der Handelsliberalisierung unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft und Dienstleistungen auch so genannte „*non-trade-issues*“ wie das Verhältnis von Welthandel und Umweltschutz. Die Verknüpfung von Handelsfragen mit Themen, die nicht originär dem Handel zuzuordnen sind, wird seit längerem als so genanntes „*linkage-problem*“ diskutiert.<sup>128</sup> Insbesondere die Industriestaaten drängen auf einheitliche Mindeststandards im Bereich von Umwelt, Arbeit und sozialen Rechten, da sie befürchten, dass Staaten mit geringen Standards gegenüber Ländern mit hohen Standards einen unzulässigen Kostenvorteil erlangen würden. Dies könne letztendlich unter allen WTO-Mitgliedern zu einem wenig wünschenswerten Absinken der Schutzstandards, einem so genannten „*race to the bottom*“ führen. Die Entwicklungsländer hingegen sehen sich weitgehend außerstande, diese

---

*lative Agenda* den Bericht des Vorstandsmitglieds des *Carnegie Endowment for International Peace*, *John H. Audley*, vom Juli 2001, vgl. *Audley*, *A Greener Fast Track*, *passim*.

<sup>124</sup> Der Wortlaut der Erklärung vom 26. Juli 2002 ist erhältlich im Internet: <[www.ciel.org/Tae/Fast\\_Track\\_29Jul02.html](http://www.ciel.org/Tae/Fast_Track_29Jul02.html)> (besucht am 23. August 2002).

<sup>125</sup> Der Kommentar des Direktors des *Sierra Club* ist erhältlich im Internet: <[www.kworkbeat.org/Globalization/globalization.html](http://www.kworkbeat.org/Globalization/globalization.html)> (besucht am 23. August 2002).

<sup>126</sup> Die Erklärung der Direktorin von *Public Citizen’s Global Trade Watch* ist erhältlich im Internet: <[www.ictsd.org/weekly/02-08-06/story3.htm](http://www.ictsd.org/weekly/02-08-06/story3.htm)> (besucht am 23. August 2002).

<sup>127</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Doha, angenommen am 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, paras. 45 ff.; Eine Ausnahme gilt für die Verhandlungen zum *Dispute Settlement Understanding*, welche bis Mai 2003 abgeschlossen sein müssen, *ibid.*, para. 30.

<sup>128</sup> Siehe beispielsweise *Garcia*, *University of Pennsylvania Journal of International Economic Law* 19 (1998), 391 ff.; *Roessler*, *ibid.*, 513 ff.; *Leebron*, *American Journal of International Law* 96 (2002), 5 ff.; *Charnovitz*, *ibid.*, 28 ff.; *Trachtman*, *ibid.*, 77 ff.; *Bhagwati*, *ibid.*, 126 ff.

Maßstäbe zu erfüllen und befürchten als Hintergrund der „*trade and...*“-Themen die Verwirklichung protektionistischer Absichten durch Errichtung neuer Handelshemmnisse. So wird beispielsweise im Zusammenhang mit dem Thema „Handel und Umwelt“ bereits von einem so genannten „grünen Protektionismus“ gesprochen.<sup>129</sup> Die Aufnahme der Zielbestimmung der Förderung von Umwelt und Arbeitnehmerrechten in den *TPA Act 2002* macht auch für den US-Präsidenten eine Verknüpfung von Handelsfragen mit „*non-trade-issues*“ innerhalb von Verhandlungen zu Handelsabkommen erforderlich.

Im Folgenden sollen an Hand einzelner Themenkomplexe, welche im Rahmen des Mandats der Doha-Erklärung in den nächsten Jahren zur Verhandlung anstehen, die voraussichtlichen Auswirkungen des *TPA Act 2002* dargestellt und diskutiert werden.

Es sei zunächst jedoch nochmals daran erinnert, welche Mittel der *TPA Act 2002* dem Kongress ermöglicht, seine Interessen in die Verhandlungen einzubringen und auch durchzusetzen. Zunächst sorgen die Notifikations- und Konsultationspflichten für eine umfassende und rechtzeitige Information des Kongresses.<sup>130</sup> Dadurch werden dem Präsidenten außerdem Begründungspflichten auferlegt. Entscheidend ist, dass Sec. 2103 (b) des *TPA Act 2002* nur dann auf Handelsverträge Anwendung findet, wenn diese einen Fortschritt in der Erreichung der in Sec. 2102 (a) und (b) aufgelisteten Zielbestimmungen hervorbringen. Ist der Kongress der Auffassung, dass dies nicht der Fall ist, kann er das Instrument der „*procedural disapproval resolution*“ einsetzen, um die „*trade authority procedure*“ zu verhindern.<sup>131</sup> Weiterhin muss der Präsident, will er eine Verlängerung der Verhandlungsvollmacht erreichen, einen Bericht über die Fortschritte in der Erreichung dieser Zielbestimmungen vorlegen. Es obliegt dann dem Kongress, ob er die Verlängerung gewährt oder eine „*extension disapproval resolution*“ verabschiedet. Im Hinblick auf die WTO-Verhandlungen im Anschluss an die Doha-Konferenz erscheint es überaus zweifelhaft, ob das ambitionierte zeitliche Ziel eines Abschlusses bis zum 1. Januar 2005 erreicht werden kann. Es ist daher durchaus möglich, dass der US-Präsident für einen erfolgreichen Abschluss der WTO-Verhandlungen eine Verlängerung der TPA beim Kongress beantragen muss. Auch die Versagung einer Verlängerung der „*trade promotion authority*“ kann mit Blick auf mangelnde Fortschritte bei der Erreichung der Zielbestimmungen begründet werden.<sup>132</sup> Schließlich kann der Kongress zur Durchsetzung seiner Interessen natürlich mit der Ablehnung der Zustimmung zum Implementationsgesetz drohen.

<sup>129</sup> *Esty*, Greening the GATT, 44 u. Fn. 8; *Wiemann*, in: Dijk/Sideri (Hrsg.), Multilateralism versus Regionalism, 91 ff.

<sup>130</sup> Für die Doha-Verhandlungen werden die Notifikationsvorschriften durch Sec. 2106 TPA Act 2002 modifiziert.

<sup>131</sup> Sec. 2105 (b) (B).

<sup>132</sup> Sec. 2105 (b) (B) (ii) (IV).

## I. „Trade and Labour“

Die WTO-Ministererklärung enthält kein ausdrückliches Mandat zu Verhandlungen über das Verhältnis von „*Trade and Labour*“.<sup>133</sup> Allerdings findet sich einleitend folgende Erklärung: „We reaffirm our declaration made at the Singapore Ministerial Conference regarding internationally recognized core labour standards. We take note of work under way in the International Labour Organization (ILO) on the social dimension of globalization“.<sup>134</sup> In der WTO-Ministererklärung von Singapur, auf die verwiesen wird, heißt es: “We renew our commitment to the observance of internationally recognized core labour standards. The International Labour Organization (ILO) is the competent body to set and deal with these standards, and we affirm our support for its work in promoting them. We believe that economic growth and development fostered by increased trade and further trade liberalization contribute to the promotion of these standards. We reject the use of labour standards for protectionist purposes, and agree that the comparative advantage of countries, particularly low-wage developing countries, must in no way be put into question. In this regard, we note that the WTO and ILO Secretariats will continue their existing collaboration.”<sup>135</sup> Auffällig ist die ausschließliche Bestätigung der Singapur-Erklärung mit Blick auf die so genannten “*core labour standards*”; insbesondere erfolgt keine Wiederholung bzw. Bestätigung des dritten Satzes der Erklärung.

Der *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* enthielt in Sec. 1101 (b) als „*principal negotiating objective*“ den Schutz von Arbeitnehmerrechten. Vor allem sollte im Rahmen des GATT sichergestellt werden, dass die Verweigerung solcher Rechte nicht als komparativer Kostenvorteil im internationalen Handel eingesetzt wird. Der *TPA Act 2002* enthält im Vergleich zum *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* umfangreichere Bestimmungen zum Thema Arbeitnehmerschutz. Diese sind festgelegt als „*overall negotiating objective*“,<sup>136</sup> als „*principal negotiating objective*“<sup>137</sup> und als „*promotion of certain priorities*“.<sup>138</sup> Hierzu gehören unter anderem der Schutz von Arbeitnehmerrechten und der Schutz der Rechte von Kindern im Rahmen der „*core labour standards*“.<sup>139</sup> Weiterhin enthalten ist die Forderung sicherzustellen, dass die Parteien eines Handelsvertrages nicht versäumen ihre eigenen Arbeitsgesetze durchzusetzen, um dadurch den Handel zu beeinflussen, eine verstärkte Kooperation zwischen der ILO und der WTO, der Schutz vor den schwersten Formen von Kinderarbeit sowie die Gewährung technischer Hilfe. In den Zielbestimmungen wird auch verlangt,

<sup>133</sup> Allgemein zu „Trade and Labour“ siehe *Addo*, *Journal of World Trade* 36 (2002), 285 ff.; *McCrudden/Davis*, *Journal of International Economic Law* 3 (2000), 43 ff.; *Trebilcock/Howse*, *International Trade*, 441 ff.; *Brown/Deardorff/Stern* in: Bhagwati/Hudec (Hrsg.), *Fair Trade and Harmonization*, 227 ff.

<sup>134</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Doha, angenommen am 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, para 8.

<sup>135</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Singapur, angenommen am 13. Dezember 1996, WTO-Dok. WT/MIN(96)/DEC vom 18. Dezember 1996.

<sup>136</sup> Z.B. Sec. 2102 (a) (6), (7).

<sup>137</sup> Siehe beispielsweise Sec. 2102 (b) (11).

<sup>138</sup> Vgl. z.B. Sec. 2102 (c) (1), (2), (5), (7), (8), (9); allgemein zu den Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten im *TPA Act 2002* siehe *Bolle*, *Trade Promotion Authority*, *passim*.

<sup>139</sup> Eine Legaldefinition der „core labor standards“ findet sich in Sec. 2113 (6).

dass so genannte „labor policies and practices“ nicht als willkürliche und ungerechtfertigte Diskriminierung oder verschleierte Handelsbeschränkung gegenüber US-Exporten eingesetzt werden dürfen. Außerdem ist vorgesehen, dass der Präsident dem *Committee on Ways and Means* und dem *Committee on Finance* einen so genannten „*meaningful labor rights report*“ im Hinblick auf diejenigen Länder, mit denen verhandelt wird, übermittelt. Dadurch wird der Kongress rechtzeitig in die Lage versetzt, auf die Verhandlungen Einfluss zu nehmen und auf die Durchsetzung bestimmter Ziele hinzuwirken. Insbesondere durch die umfangreichen Notifikations- und Konsultationspflichten kann der Kongress schon während der Verhandlungen bedeutsam auf die Verhandlungen einwirken. Mit den bereits genannten Möglichkeiten der Zustimmungsverweigerung besitzt er auch genügend Gewicht, seinen Interessen ausreichend Beachtung zu schenken.

Der Präsident ist daher verpflichtet, im Rahmen der Doha-Verhandlungen auf eine Förderung der Arbeitnehmerrechte hinzuwirken. Allerdings ist fraglich, welche Verhandlungsergebnisse erreicht werden müssen, um den Zielbestimmungen des *TPA Act 2002* zu genügen, insbesondere im Hinblick auf die oben angesprochene Frage der Regelung des Verhältnisses von geringeren Schutzrechten und komparativen Kostenvorteilen.

Während im *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988* noch als Ziel bestimmt wurde, „...to adopt, as a principle of the GATT, that the denial of worker rights should not be a means for a country or its industries to gain competitive advantage in international trade“,<sup>140</sup> heißt es nun „to ensure that a party to a trade agreement with the United States does not fail to effectively enforce its environmental or labor laws, through a sustained or recurring course of action or inaction, in a manner affecting trade between the United States and that party...“.<sup>141</sup> Sec. 2102 (a) (7) bestimmt als Ziel „...to seek provisions in trade agreements under which parties to those agreements strive to ensure that they do not weaken or reduce the protections afforded in domestic environmental and labour laws as an encouragement for trade“. Während die frühere Formulierung mehr den Eindruck einer Verpflichtung der Verankerung von Arbeitnehmerrechten in Handelsverträgen mit der Möglichkeit der Sanktionierung durch Handelsmaßnahmen erweckt, erscheint die jetzige Formulierung diesbezüglich zurückhaltender und lässt mehr Spielraum für Verhandlungen. Die Abkehr von der Forderung nach einer stärkeren, unbedingten Verknüpfung von Handel und Arbeit im Rahmen der WTO zeigt sich insbesondere auch in der Entwicklung der dementsprechenden Vorschriften in Handelsverträgen.<sup>142</sup> So hatte zum Beispiel der *Uruguay Round Agreement Act* den Präsident verpflichtet, auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Handel und Arbeit innerhalb der WTO hinzuwirken.<sup>143</sup> In dem Entwurf<sup>144</sup> des Mitgliedes des Repräsentantenhauses *Rangel* war in Sec. 2 (b) (13) (C) als Zielbestimmung festgelegt, dass Art. XX GATT um eine Sozialklausel ergänzt werden solle. Sowohl erstere Bestimmung, die eine starke Ablehnung auf der Singa-

<sup>140</sup> Sec. 1101 (b) (14) (C) Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988.

<sup>141</sup> Sec. 2102 (b) (11) (A) (Hervorhebungen durch die Verfasser).

<sup>142</sup> Siehe hierzu *Bolle*, Trade Promotion Authority, CRS-5 ff.

<sup>143</sup> Sec. 131 Uruguay Round Agreement Act.

<sup>144</sup> Comprehensive Trade Negotiating Authority Act of 2001 (H.R. 3019).

pur-Ministerkonferenz erfuhr,<sup>145</sup> wie auch die Modifizierung des Art. XX GATT, deren Wirksamkeit bezweifelt wird,<sup>146</sup> finden sich nicht in der endgültigen Fassung. Insofern zeigt sich deutlich eine zurückhaltendere Position der USA, die sich auch auf die Verhandlungen innerhalb der WTO auswirken dürfte.

Abschließend ist noch zu bemerken, dass der *TPA Act 2002* zwar auf die „*core labour standards*“ der ILO verweist, diese jedoch dann selbst in Sec. 2113 (6) legaldefiniert. Diese Definition unterscheidet sich von der Definition der ILO insofern, als sie nicht das Verbot der Diskriminierung enthält, jedoch gewisse Basisarbeitsbedingungen in Bezug auf einen Mindestlohn, eine Höchstarbeitszeit und Gesundheitsschutz verlangt.<sup>147</sup> Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die USA erst zwei der acht ILO Fundamental Conventions ratifiziert haben.<sup>148</sup>

## II. „Trade and Environment“

Als weiterer so genannter „*non-trade-issue*“ ist in der Ministererklärung von Doha ein Kapitel zum Themenkomplex „*Trade and Environment*“ enthalten.<sup>149</sup> Damit wurde das Mandat zu Verhandlungen über das Verhältnis von Umwelt und Welthandel erteilt. Insbesondere gilt es, das Verhältnis von multilateralen Umweltschutzabkommen (MEAs) und den Vorschriften der WTO-Rechtsordnung zu klären.<sup>150</sup> Weiterhin stehen der Informationsaustausch zwischen MEA-Sekretariaten und der WTO, die technische Hilfe für Entwicklungsländer, die Fischereisubventionen und *Labeling*-Bestimmungen zur Diskussion. Insbesondere die Entwicklungsländer fürchten den Einsatz von strengen Umweltvorschriften als nichttarifäre Handelshemmnisse durch die Industriestaaten (so genannter „grüner Protektionismus“). Daher beinhaltet die Ministererklärung von Doha auch den Auftrag an das *Committee on Trade and Environment*, das Verhältnis von Umweltschutzmaßnahmen und Marktzugang zu untersuchen, insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer. Insgesamt sollen die Verhandlungen von einer so genannten „*Win-win-win*“-

<sup>145</sup> *Bolle*, Trade Promotion Authority, CRS-8.

<sup>146</sup> Vgl. nur *Addo*, Journal of World Trade 36 (2002), 285 (295).

<sup>147</sup> *Bolle*, Trade Promotion Authority, CRS-3.

<sup>148</sup> Ratifiziert wurden: Abolition of Forced Labour Convention, 1957 (No. 105); Worst Forms of Child Labour Convention, 1999 (No. 182); demgegenüber bisher nicht ratifiziert wurden: Freedom of Association and Protection of the Right to Organize Convention, 1948 (No. 87); Right to Organize and Collective Bargaining Convention, 1949 (No. 98); Forced Labour Convention, 1930 (No. 29); Discrimination (Employment and Occupation) Convention, 1958 (No. 111); Equal Remuneration Convention, 1951 (No. 100); Minimum Age Convention, 1973 (No. 138), ILO Ratifications of the Fundamental human rights Conventions by country on August 28, 2002, erhältlich im Internet: <<http://ilolex.ilo.ch:1567/english/docs/declworld.htm>> (besucht am 29. August 2002).

<sup>149</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Doha, angenommen am 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, paras. 31-33; hierzu auch *Oppermann/Beise*, RIW 2002, 269 (273 f.).

<sup>150</sup> Eingehender zu dieser Thematik beispielsweise *Hilf*, NVwZ 2000, 481 ff.; *Epiney*, DVBl. 2000, 77 ff.; *Beyerlin*, Umweltvölkerrecht, 326 ff.; *Shaw/Schwartz*, Journal of World Trade 36 (2002), 129 ff.; *Biermann*, AVR 38 (2000), 455 ff.; *Trüeb*, Umweltrecht in der WTO, 219 ff.; *Schoenbaum*, in: Birnie/Boyle (Hrsg.), International Law, 697 (705 ff.); *Trebilcock/Howse*, International Trade, 395 ff.

Situation<sup>151</sup> ausgehen: Durch die Abschaffung von Handelsbarrieren würden Handel, Umwelt und Entwicklung gleichermaßen profitieren.

Der *TPA Act 2002* enthält, vergleichbar mit den Arbeitnehmerschutzregelungen, Zielbestimmungen in den „*overall trade negotiating objectives*“,<sup>152</sup> den „*principal negotiating objectives*“<sup>153</sup> und innerhalb der „*promotion of certain priorities*“.<sup>154</sup> Die Bestimmungen sind wesentlich umfangreicher als die des *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*, der umweltrelevante Bestimmungen nur in Bezug auf den Dienstleistungshandel und ausländische Direktinvestitionen enthielt.<sup>155</sup> Wiederum erfolgt die Verpflichtung, die Anwendung nationaler Umweltgesetze der Handelspartner sicherzustellen und zu verhindern, dass eine ungenügende Durchsetzung als Handelsanreiz genutzt wird.<sup>156</sup> Weitere Ziele sind die Unterstützung der Handelspartner bei Umweltschutzmaßnahmen durch die Förderung von nachhaltiger Entwicklung, die Berücksichtigung von MEAs zu fördern und Konsultationen über das Verhältnis von MEAs und WTO-Vorschriften, insbesondere Art. XX GATT, zu führen. Diese Verpflichtungen stehen im Einklang mit dem auf der Ministerkonferenz von Doha beschlossenen Verhandlungsmandat. Es wird ein eher kooperativer Ansatz verfolgt, wonach Umweltschutz durch Konsultation und Unterstützung erreicht werden soll und nicht durch den Einsatz von Handelsmaßnahmen. Gerade diese „Schwäche“ bezüglich der Durchsetzung von Handelsmaßnahmen wurde von Umweltverbänden kritisiert.<sup>157</sup> Gleichermäßen bestimmt der *TPA Act 2002*, dass Umweltschutzvorschriften nicht als versteckte Handelsbarrieren eingesetzt werden sollen. Auch diesbezüglich ist eine Konvergenz mit dem Verhandlungsmandat festzustellen. Allerdings darf nicht verkannt werden, dass die Verpflichtung zur wirksamen Umsetzung nationaler Umweltvorschriften Vertragsbestandteil und als solcher Gegenstand eines in dem Vertrag errichteten Streitverfahrens werden kann. Die Zielbestimmungen zum Streitbeilegungsverfahren bestimmen in Section 2102 (b) (13) (G) „to seek provisions that treat United States *principal negotiating objectives equally* with respect to the ability to resort to dispute settlement under the applicable agreement, the availability of equivalent dispute settlement procedures; and the availability of equivalent remedies.“<sup>158</sup> Dies bedeutet dann auch die hinreichende Beachtung der Zielbestimmung Umweltschutz in Handelsstreitsachen.<sup>159</sup>

Im Ergebnis scheinen die Vorschriften für die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde nicht von der Position der Verknüpfung von Handel und Umwelt innerhalb eines Vertrages mit der Konsequenz der Durchsetzung der vereinbarten Um-

<sup>151</sup> WTO Committee on Trade and Environment, Presseerklärung vom 4. April 2002, PRESS/TE/038, 2.

<sup>152</sup> Vgl. beispielsweise Sec. 2102 (a) (5), (7).

<sup>153</sup> So Sec. 2102 (b) (11).

<sup>154</sup> Z.B. Sec. 2102 (c) (3), (4), (10).

<sup>155</sup> Sec. 1101 (b) (9) (B), (11) (B) Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988; zur Regelung des Verhältnisses von Auslandsinvestitionen und Umweltschutz im *TPA Act 2002* siehe *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-16 f.

<sup>156</sup> Sec. 2102 (a) (7).

<sup>157</sup> Vgl. die Erklärung von zwölf NGOs an die Mitglieder des Kongresses vom 26. Juli 2002, erhältlich im Internet: <[www.ciel.org/Tae/Fast\\_Track\\_29Jul02.html](http://www.ciel.org/Tae/Fast_Track_29Jul02.html)> (besucht am 23. August 2002).

<sup>158</sup> Sec. 2102 (b) (13) (G) (Hervorhebungen durch Verfasser).

<sup>159</sup> *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-16.

weltstandards durch Handelsmaßnahmen auszugehen; allerdings wird dies auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Die Vorschriften sind daher ausreichend flexibel um dem Verhandlungsmandat der Doha-Runde gerecht zu werden.

### III. Landwirtschaft

Der Bereich der Landwirtschaft im Rahmen der WTO ist von besonderer Sensibilität.<sup>160</sup> Dies zeigen vor allem die schwierigen Verhandlungen zwischen den großen Agrarexporturen (USA, EU und die Länder der so genannte „*Cairns-Group*“). Die Entwicklungsländer sehen insbesondere im Agrarsektor Exportmöglichkeiten und fordern dementsprechend einen einfacheren Marktzugang. Vor diesem Hintergrund ist die unverbindliche Formulierung in der Ministererklärung von Doha nicht verwunderlich: “Building on the work carried out to date and without prejudging the outcome of the negotiations we commit ourselves to comprehensive negotiations aimed at: substantial improvements in market access; reductions of, with a view to phasing out, all forms of export subsidies; and substantial reductions in trade-distorting domestic support. We agree that special and differential treatment for developing countries shall be an integral part of all elements of the negotiations and shall be embodied in the Schedules of concessions and commitments and as appropriate in the rules and disciplines to be negotiated, so as to be operationally effective and to enable developing countries to effectively take account of their development needs, including food security and rural development. We take note of the non-trade concerns reflected in the negotiating proposals submitted by Members and confirm that non-trade concerns will be taken into account in the negotiations as provided for in the Agreement on Agriculture.”<sup>161</sup>

Die Zielbestimmungen in Bezug auf Landwirtschaft im *TPA Act 2002* sind wiederum deutlich umfassender als noch im *Omnibus Trade and Competitiveness Act of 1988*.<sup>162</sup> Zunächst werden detailliert die „*principal negotiating objectives*“ festgelegt.<sup>163</sup> Von besonderer Bedeutung für Verhandlungen im Agrarsektor ist die Beschränkung des Proklamationsrechts des Präsidenten für Zollreduzierungen im Bereich von „*import sensitive agricultural products*“.<sup>164</sup> Schließlich werden spezielle Notifikations- und Konsultationspflichten auferlegt.<sup>165</sup> Als „*principal negotiating objectives*“ werden unter anderem die Reduzierung oder Abschaffung von Zöllen oder zollgleichen Abgaben, die Reduzierung oder Abschaffung von die US-Exporte beeinträchtigenden Subventionen und der Abschluss der Verhandlungen über Landwirtschaft im Rahmen der WTO bis zum 1. Januar 2005 aufgeführt.

<sup>160</sup> Vgl. hierzu *Delcros*, *Journal of World Trade* 36 (2002), 219 ff; *McMahon*, in: ders. (Hrsg.), *Trade and Agriculture*, 29 ff; *Tangermann/Josling*, in: *ibid.*, 65 ff.

<sup>161</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Doha, angenommen am 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, para. 13.

<sup>162</sup> Zu den Regelungen im Hinblick auf die Landwirtschaft im *TPA of 2002* siehe allgemein auch *Becker/Hanrahan*, *Agriculture and Fast Track or Trade Promotion Authority*, CRS-2 ff.

<sup>163</sup> Sec. 2102 (b) (10).

<sup>164</sup> Sec. 2103 (a) (2) (B).

<sup>165</sup> Sec. 2104 (b).

Insoweit ergeben sich im Hinblick auf die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde keine besonderen Probleme. Allerdings enthält der *TPA Act 2002* Bestimmungen, die sich für die Verhandlungen hinderlich auswirken könnten. Die Zustimmung zur Verabschiedung des *TPA Act 2002* unter den Interessenverbänden der Agrarindustrie war geteilt.<sup>166</sup> Um eine hinreichende Unterstützung zu erreichen, mussten verschiedentlich Zugeständnisse gemacht werden. Hierzu gehört unter anderem die bereits erwähnte Einschränkung im Proklamationsrecht des Präsidenten für die „*import sensitive agriculture products*“.<sup>167</sup> Dementsprechend fallen Verhandlungen in diesem Bereich unter Sec. 2103 (b). Die daraus folgende besondere Konsultationspflicht<sup>168</sup> bereits vor Beginn von Verhandlungen erschwert die Einigung im Rahmen der Doha-Runde über eine Zollreduzierung in diesem Produktbereich. Weiterhin wurden, nach Androhung einiger Mitglieder des Repräsentantenhauses die Unterstützung für den *TPA Act 2002* zu entziehen, die Subventionen für Farmer im Rahmen der so genannten „*Farm Bill*“<sup>169</sup> erhöht.<sup>170</sup> Diese zusätzlichen Subventionen, die Bestimmung über die Zulässigkeit von „*preservation of programs that support family farms and rural communities but do not distort trade*“<sup>171</sup> und die Erhaltung von „*United States market development and export credit programs*“<sup>172</sup> stellen ein großes Hindernis für die Verhandlungen zur Senkung von Agrarsubventionen, insbesondere im Bereich der Exportsubventionen, dar.<sup>173</sup>

Für den Bereich neuer Technologien in der Lebensmittelproduktion enthält der *TPA Act 2002* die Verpflichtung zur Klärung von Regelungen und einer effektiven Streitbeilegung in Bezug auf „*unjustified trade restrictions or commercial requirements, such as labelling, that affect new technologies, including bio-technology*“ und „*unjustified sanitary or phytosanitary restrictions, including those not based on scientific principles in contravention of the Uruguay Round Agreements*“.<sup>174</sup> Dies bezieht sich offensichtlich auf Kennzeichnungsvorschriften<sup>175</sup> derjenigen WTO-Mitglieder, die der Biotechnologie mit Bedenken bezüglich nicht absehbarer Gesundheitsrisiken begegnen.<sup>176</sup> Insbesondere könnte letztere Bestimmung, sieht man sie im Zusammenhang mit der Position der USA im *EC-Hormon-Streit*<sup>177</sup>, als Verpflichtung zur Klä-

<sup>166</sup> *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-19.

<sup>167</sup> *Becker/Hanrahan*, Agriculture and Fast Track or Trade Promotion Authority, CRS-6.

<sup>168</sup> Sec. 2104 (b) (2).

<sup>169</sup> Farm Security and Rural Investment Act of 2002 (H.R. 2646).

<sup>170</sup> *Sek/Cooper/Bolle u.a.*, Trade Promotion (Fast-Track) Authority, CRS-19; *Becker/Hanrahan*, Agriculture and Fast Track or Trade Promotion Authority, CRS-4 f; *Hanrahan/Becker/Jurenas*, Agricultural Trade Issues in the 107<sup>th</sup> Congress, CRS-13.

<sup>171</sup> Sec. 2102 (b) (10) (iv).

<sup>172</sup> Sec. 2102 (b) (10) (xv).

<sup>173</sup> *Becker/Hanrahan*, Agriculture and Fast Track or Trade Promotion Authority, CRS-6.

<sup>174</sup> Sec. 2102 (b) (10) (viii) (II), (III).

<sup>175</sup> Vgl. beispielsweise Art. 8 der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 1997 über neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten, Abl. EG Nr. L 43/1 vom 14. Februar 1997.

<sup>176</sup> Zum Verhältnis von Genehmigungs- und Kennzeichnungsanforderungen von GMO's und Welt-handelsrecht siehe jüngst *Wolf*, Regulative Maßnahmen, *passim*.

<sup>177</sup> WTO, *EC - Measures Concerning Meat and Meat Products (Hormones)*, Report of the Panel vom 18. August 1997, WT/DS26/R/USA, Abschnitt IV.205 ff.; WTO, *EC - Measures Concerning*

zung der Anwendung des Vorsorgeprinzips<sup>178</sup> im Rahmen des Übereinkommens über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Übereinkommen) verstanden werden.<sup>179</sup>

Diese Vorgaben des *TPA Act 2002* für die Verhandlungen über Landwirtschaft im Rahmen der Doha-Runde werden sich gegen die Position der Handelspartner, insbesondere der EU, kaum vollständig verwirklichen lassen. Insofern bleibt es fraglich, inwieweit der Kongress einen in den Verhandlungen erreichten Kompromiss als Fortschritt bei der Erreichung der Zielbestimmungen anerkennt. Die Notifikations- und Konsultationspflichten geben dem Kongress jedenfalls die Gelegenheit, bereits frühzeitig auf die Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Gerade die Stärke der Agrarlobby im Kongress wird es den Verhandlungspartnern der USA erschweren, schnelle Ergebnisse mit der US-Verhandlungsdelegation zu erzielen.

#### IV. „Trade Remedy Laws“

Die zunehmende Anwendung von *Antidumping*, *Countervailing Duty* und *Safeguard Measures* durch die WTO-Mitglieder<sup>180</sup> und die Vielzahl an Streitverfahren, die sich hierauf beziehen,<sup>181</sup> machen die Notwendigkeit für Verhandlungen in diesem Bereich deutlich.<sup>182</sup> Auf der Doha-Ministerkonferenz wurde daher vereinbart: “In the light of experience and of the increasing application of these instruments by Members, we agree to negotiations aimed at clarifying and improving disciplines under the Agreements on Implementation of Article VI of the GATT 1994 and on Subsidies and Countervailing Measures, while preserving the basic concepts, principles and ef-

---

*Meat and Meat Products (Hormones)*, Report of the Appellate Body vom 16. Januar 1998, WT/DS26/AB/R, WT/DS48/AB/R, para. 43; vgl. zum *EC-Hormones*-Streitverfahren auch *Hilff/Eggers*, EuZW 1997, 559 ff.; *.Eggers*, EuZW 1998, 147 ff.; zur Position der USA im Bezug auf das Vorsorgeprinzip siehe auch die Stellungnahme im Committee on Trade and Environment WTO, *Committee on Trade and Environment*, Report of the Meeting held on 13-14 February 2001, Note by the Secretariat vom 30. März 2001, WTO-Dok. WT/CTE/M/26, para. 75.

<sup>178</sup> Zur Position der EU im Bezug auf das Vorsorgeprinzip siehe „Communication from the Commission on the precautionary principle“ vom 2. Februar 2000, COM(2000) 1, erhältlich im Internet: <europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2000/com2000\_0001en01.pdf> (besucht am 29. August 2002).

<sup>179</sup> Zum Vorsorgeprinzip in der WTO-Rechtsordnung siehe eingehend *Eggers*, *The Precautionary Principle in WTO Law*, *passim*.

<sup>180</sup> Im Zeitraum vom 01/01/95 - 31/12/01 wurden beispielsweise 1066 Antidumping Maßnahmen der WTO gemeldet worden, siehe die WTO-Antidumping Statistik von 1995 bis 2001, erhältlich im Internet: <[http://www.wto.org/english/tratop\\_e/adp\\_e/adp\\_stattab7\\_e.htm](http://www.wto.org/english/tratop_e/adp_e/adp_stattab7_e.htm)> (besucht am 27. August 2002).

<sup>181</sup> Vgl. die Anträge auf Konsultationen im Bereich von *antidumping measures*, WTO-Dok. G/ADP/D\*; im Bereich von *safeguard measures*, WTO-Dok. G/SD/D\*; im Bereich von *countervailing duty measures*, WTO-Dok. G/SCM/D\*, erhältlich im Internet: <[docsonline.wto.org/gen\\_search.asp](http://docsonline.wto.org/gen_search.asp)> (besucht am 30. August 2002). *Vermulst/Graafsma*, *WTO Disputes*, *passim*.

<sup>182</sup> Siehe hierzu auch *Hoekman/Kostecki*, *Political Economy*, 311 ff.; *Trebilcock/Howse*, *International Trade*, 166 ff.; *Messerlin*, in: *Deutsch/Speyer* (Hrsg.), *World Trade Organization*, 148 ff.; *Vermulst/Graafsma*, *WTO Disputes*, *passim*; *Vermulst*, in: *Bronckers/Quick* (Hrsg.), *Essays in Honour of John H. Jackson*, 259 ff.; *Bourgeois*, in: *Petersmann* (Hrsg.), *GATT/WTO Dispute Settlement System*, 283 ff.

fectiveness of these Agreements and their instruments and objectives, and taking into account the needs of developing and least-developed participants.”<sup>183</sup>

Unter Aufrechterhaltung des bereits mehrfach erwähnten „*Dayton-Craig-Amendment*“ hätten sich diese Verhandlungen äußerst mühsam dargestellt, da Änderungen im Bereich der „*trade remedy laws*“ von der „*trade promotion procedure*“ ausgenommen wären.

Die endgültige Fassung hat diese Regelung zwar nicht übernommen, jedoch behält der Kongress starke Einflussmöglichkeiten. Insbesondere kann er eine Resolution erlassen, die feststellt, dass die beabsichtigte Änderung der „*trade remedy laws*“ nicht mit der in Sec. 2102 (b) (14) festgelegten Zielbestimmung, dem Erhalt der Möglichkeit des Einsatzes von „*trade remedy laws*“, vereinbar sei. Da der Präsident schon 180 Tage vor Abschluss des Abkommens das *Committee on Ways and Means* und das *Committee on Finance* informieren und von einer möglichen Änderung in Kenntnis setzen muss, bleibt dem Kongress hinreichend Zeit, seiner Position Nachdruck zu verleihen. Im Übrigen könnte der Kongress selbstverständlich auch eine „*procedural disapproval resolution*“ erlassen. Hierzu wäre aber eine Mehrheit in beiden Kammern erforderlich; eine Resolution gem. Sec. 2104 (d) (3) (c) wegen unzulässiger Einschränkung von *trade remedy laws* kann hingegen sowohl von Senat als auch vom Repräsentantenhaus unabhängig voneinander erlassen werden. Führt man sich vor Augen, dass dem „*Dayton-Craig-Amendment*“ 61 Senatoren zugestimmt haben, wird deutlich, dass auch nach Wegfall des Amendments die Änderung von US-amerikanischen „*trade remedy laws*“ äußerst schwer zu erreichen ist, wird der Präsident doch kaum trotz Verabschiedung einer solchen Resolution ein Handelsabkommen unterzeichnen. Befürworter des „*Dayton-Craig-Amendment*“ haben dementsprechend geäußert, dass auch nachdem die Änderung nicht übernommen wurde der Schutz der „*trade remedy laws*“ gewährleistet sei.<sup>184</sup>

Daher bleibt festzustellen, dass die Unsicherheiten für die Handelspartner, die durch die Erteilung der „*Trade Promotion Authority*“ beseitigt werden sollten, im Rahmen der Doha-Verhandlungsrunde für den Bereich der „*trade remedy laws*“ weiterhin bestehen bleiben.

## F. Fazit

Der *TPA Act 2002* zeichnet sich im Vergleich zu früher vom Kongress erteilten Verhandlungsmandaten durch wesentlich detailliertere Zielbestimmungen im Hinblick auf den Inhalt der abzuschließenden Handelsabkommen aus. Die Berücksichtigung dieser Zielbestimmungen unterliegt überdies aufgrund des erweiterten Anwendungsbereiches einer möglichen „*procedural disapproval resolution*“ auch in spezifischer Weise einer Durchsetzbarkeit durch den Kongress. Sowohl die Zielvorgaben als auch

<sup>183</sup> Ministererklärung der Ministerkonferenz in Doha, angenommen am 14. November 2001, WTO-Dok. WT/MIN(01)/DEC/1 vom 20. November 2001, para. 28.

<sup>184</sup> Vgl. beispielsweise die Erklärung von Senator *Craig*: „We clearly demonstrated to this Administration and any country around the world who wants to trade with us that this Congress is committed, as the conferees stated, to ‘keeping U.S. trade remedy laws strong and ensuring that they remain fully enforceable.’“ Presseerklärung vom 26. Juli 2002, erhältlich im Internet: <[http://www.senate.gov/~craig/fp\\_cuts6.htm](http://www.senate.gov/~craig/fp_cuts6.htm)> (besucht am 27. August 2002).

die prozedurale Absicherung ihrer Beachtung können als deutliches Zeichen dafür gewertet werden, dass der Kongress beabsichtigt, auch in Bezug auf die Doha-Runde in noch stärkerer Weise als bislang einen direkten Einfluss bereits auf die laufenden Verhandlungen selbst zu nehmen.<sup>185</sup> Vor diesem Hintergrund kann daher durchaus konstatiert werden, dass sich nach Inkrafttreten des *Trade Act of 2002* das Verhältnis von Exekutive und Legislative im Bereich der Außenhandelsbeziehungen wieder deutlicher der ursprünglichen Konzeption der US-Verfassung annähert, welche, wie oben dargelegt, dem Kongress die exklusive Befugnis zur Regulierung der auswärtigen Handelsbeziehungen zugewiesen hat. Der bereits in den 1970er Jahren von *Arthur M. Schlesinger* im Hinblick auf die faktische Ausgestaltung des Verfassungssystems der Vereinigten Staaten geprägte Begriff der „*imperial presidency*“<sup>186</sup> scheint daher wenigstens für diesen Bereich der auswärtigen Beziehungen nicht mehr zutreffend zu sein.

Für die internationalen Handelspartner der USA können sich aus dieser zumindest partiellen Neukonzipierung des Kräfteverhältnisses zwischen Präsident und Kongress sowohl Vor- als auch Nachteile ergeben. Einerseits ist es zunächst, wie auch die ersten Reaktionen auf internationaler Ebene zeigen, im Hinblick auf den Fortgang der Doha-Runde als positiv zu werten, dass dem Präsidenten nach über 8 Jahren zumindest grundsätzlich wieder ein Verhandlungsmandat erteilt worden ist. Damit wurde in gewissem Umfang den Rechtssicherheitsbedenken der Verhandlungspartner im Hinblick auf die innerstaatliche Umsetzung der ausgehandelten Verhandlungsergebnisse Rechnung getragen. Überdies ist anzunehmen, dass eine frühzeitige und stärkere Beteiligung des Kongresses am Ende der Verhandlungen zu einer beschleunigten Zustimmung dieses Legislativorgans zu dem erzielten Abkommen führen dürfte.

Obgleich die psychologische Wirkung dieser Umstände für den weiteren Fortgang der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde nicht unterschätzt werden sollte, ist jedoch andererseits nicht zu übersehen, dass die im *TPA Act 2002* statuierte, verstärkte Mitwirkung des natürlicherweise auch von Partikularinteressen geprägten Kongresses den Verlauf der Verhandlungen und die Möglichkeit eines erfolgreichen Abschlusses derselben deutlich erschweren können. Die möglicherweise erleichterte Zustimmung zum Verhandlungsergebnis könnte damit am Ende durch eine erhebliche Verzögerung der Verhandlungen bis zur Erreichung eines Kompromisses erkaufte worden sein.

Es wird daher im Endeffekt wohl weitgehend auch von dem politischen „Fingerspitzengefühl“ der *Bush*-Administration abhängen, inwieweit es ihr gelingt, trotz des ihr vom Kongress mit der Verabschiedung des *Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002* angelegten „*strait-jacket*“ zu einem notwendigerweise von Kompromissen geprägten, erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO beizutragen.

---

<sup>185</sup> So bereits Senator *Baucus*, *Economic Perspectives* 7 (Nr. 1, 2002), 18 ff.

<sup>186</sup> Vgl. *Schlesinger*, *The Imperial Presidency*, 1974.

## SCHRIFTTUM

- Abbott*, Frederick M., The Doha Declaration on the TRIPS Agreement and Public Health: Lighting a Dark Corner at the WTO, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 469-505.
- Ackerman*, Bruce/*Glove*, David, Is NAFTA Constitutional?, *Harvard Law Review* 108 (1995), 799-929.
- Addo*, Kofi, The Correlation Between Labour Standards and International Trade – Which Way Forward?, *Journal of World Trade* 36 (2002), 285-303.
- Ahearn*, Raymond J., Trade Legislation in the 106<sup>th</sup> Congress: An Overview, Report for Congress, Updated February 8, 2000, erhältlich im Internet: <[www.senate.gov/~hutchison/rl30227.pdf](http://www.senate.gov/~hutchison/rl30227.pdf)> (besucht am 23. August 2002).
- Andrews*, Edmund L., Why Isn't Fast Track ... Faster?, in: *The New York Times* vom 18. August 2002.
- Audley*, John H., A Greener Fast Track – Putting Environmental Protection on the Trade Agenda, Working Papers of the Carnegie Endowment for International Peace, No. 22, Juli 2001, erhältlich im Internet: <[www.ceip.org/files/pdf/22Audley.pdf](http://www.ceip.org/files/pdf/22Audley.pdf)> (besucht am 22. August 2002).
- Baab*, Heiner, GATT und WTO im Recht der USA. Die Integration des Völkervertragsrechts in die Rechtsordnung der USA am Beispiel der GATT-Abkommen und der WTO-Übereinkommen, Frankfurt am Main 2001.
- Baucus*, Max, Doha and Beyond: The Role of Congress in a New Trade Round, *Economic Perspectives* 7 (Nr. 1, 2002), 18-20, erhältlich im Internet: <[usinfo.state.gov/journals/ites/0102/ijee/ijee0102.pdf](http://usinfo.state.gov/journals/ites/0102/ijee/ijee0102.pdf)> (besucht am 30. August 2002).
- Becker*, Geoffrey S./*Hanrahan*, Charles E., Agriculture and Fast Track or Trade Promotion Authority, Report for Congress, Updated August 2, 2002, erhältlich im Internet: <[www.house.gov/htbin/crsprodget?/rs/97-817](http://www.house.gov/htbin/crsprodget?/rs/97-817)> (besucht am 26. August 2002).
- Beise*, Marc, Die Welthandelsorganisation (WTO) – Funktion, Status, Organisation, Baden-Baden 2001.
- Benedek*, Wolfgang, Developing the Constitutional Order of the WTO – The Role of NGOs, in: ders./Isak, Hubert/Kicker, Renate (Hrsg.), *Development and Developing International and European Law – Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65<sup>th</sup> Birthday*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 1999, 228-250.
- Die Rechtsordnung des GATT aus völkerrechtlicher Sicht, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1990.
- Bergsten*, C. Fred, The United States' Interest in New Global Trade Negotiations, in: Schott, Jeffrey J. (Hrsg.), *The WTO after Seattle*, Washington 2000, 43-52.
- Berrisch*, Georg M., E-Commerce und WTO-Recht, in: Ehlers, Dirk (Hrsg.), *Rechtsfragen des Electronic Commerce*, Münster u.a. 2001, 129-143.
- Beyerlin*, Ulrich, *Umweltvölkerrecht*, München 2000.
- Bhagwati*, Jagdish N., Afterword: The Question of Linkage, *American Journal of International Law* 96 (2002), 126-134.
- Biermann*, Frank, Mehrseitige Umweltübereinkommen im GATT/WTO-Recht - Untersuchung zum rechtspolitischen Reformbedarf, *Archiv des Völkerrechts* 38 (2000), 455-503.

- Bjørnskov, Christian/Lind, Kim M.*, Where do Developing Countries Go After Doha? An Analysis of WTO Positions and Potential Alliances, *Journal of World Trade* 36 (2002), 543-562.
- Bolle, Mary J.*, Trade Promotion Authority (Fast-Track): Labor Issues (Including H.R. 3005 and H.R. 3009), Report for Congress, Updated June 17, 2002, erhältlich im Internet: <fpc.state.gov/documents/organization/11634.pdf> (besucht am 22. August 2002).
- Bourgeois, Jacques H. J.*, GATT/WTO Dispute Settlement Practice in the Field of Anti-dumping law, in: Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *International Trade Law and the GATT/WTO Dispute Settlement System*, London/The Hague/Boston 1997, 283-311.
- Brown, Drusilla/Deardorff, Alan V./Stern, Robert M.*, International Labor Standards and Trade: A Theoretical Analysis, in: Bhagwati, Jagdish/Hudec, Robert E. (Hrsg.), *Fair Trade and Harmonization; Prerequisites for Free Trade?*, Volume 1: Economic Analysis, Massachusetts 1997, 227-280.
- Brugger, Winfried*, Einführung in das öffentliche Recht der USA, 2. Auflage, München 2001.
- Burnham, William*, Introduction to the Law and Legal System of the United States, St. Paul 1995.
- Charnovitz, Steve*, The Legal Status of the Doha Declarations, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 207-211.
- Triangulating the World Trade Organization, *American Journal of International Law* 96 (2002), 28-55.
  - Participation of Nongovernmental Organizations in the World Trade Organization, *University of Pennsylvania Journal of International Economic Law* 17 (1996), 331-357.
  - No Time for NEPA: Trade Agreements on a Fast Track, *Minnesota Journal of Global Trade* 3 (1994), 195-230.
- Cohen, Stephen D./Paul, Joel R./Blecker, Robert A.*, *Fundamentals of U.S. Foreign Trade Policy: Economics, Politics, Laws, and Issues*, Boulder/Oxford 1996.
- Croley, Steven P./Jackson, John H.*, WTO Dispute Procedure, Standard of Review, and Deferral to National Governments, *American Journal of International Law* 90 (1996), 193-213.
- DeBates, Donald A.*, Road Block on the Fast Track: The Struggle for Trade Promotion Authority, in: *Policy, Organisation & Society* 20 (Nr. 1, 2001), 63-88.
- Delcros, Fabian*, The Legal Status of Agriculture in the World Trade Organization – State of Play at the Start of Negotiations, *Journal of World Trade* 36 (2002), 219-253.
- Destler, Irving M.*, *Renewing Fast-Track Legislation*, Washington 1997.
- *American Trade Politics*, 2. Auflage, Washington/New York 1992.
  - Die Stimme des Kongresses in der Außenpolitik, in: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.), *US-Kongreß und Deutscher Bundestag – Bestandsaufnahmen im Vergleich*, Opladen 1988, 366-382.
- Dunoff, Jeffrey L.*, The Misguided Debate over NGO Participation at the WTO, *Journal of International Economic Law* 1 (1998), 433-456.
- Eckes, Alfred E. Jr.*, U.S. Trade History, in: Lovett, William A./Eckes, Alfred E. Jr./Brinkman, Richard L. (Hrsg.), *U.S. Trade Policy – History, Theory and the WTO*, Armonk/London 1999, 51-105.
- Eggers, Barbara*, The Precautionary Principle in WTO Law, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades des Fachbereichs Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg, 2001,

- erhältlich im Internet: <[www.sub.uni-hamburg.de/disse/451/Disse.pdf](http://www.sub.uni-hamburg.de/disse/451/Disse.pdf)> (besucht am 27. August 2002).
- Die Entscheidung des WTO Appellate Body im Hormonfall, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 1998, 147-151.
- Epiney*, Astrid, Welthandel und Umwelt – Ein Beitrag zur Dogmatik der Art. III, IX, XX GATT, Deutsches Verwaltungsblatt 2000, 77-86.
- Esty*, Daniel C., Non-Governmental Organizations at the World Trade Organization: Cooperation, Competition, or Exclusion, Journal of International Economic Law 1 (1998), 123-147.
- Greening the GATT: Trade Environment and the Future, Washington 1994.
- Falke*, Andreas, The USA: Why Fundamentals do not always matter: It's Politics, stupid!, in: Deutsch, Klaus G./Speyer, Bernhard (Hrsg.), The World Trade Organization Millennium Round – Freer Trade in the Twenty-First Century, London/New York 2001, 18-33.
- Fürst*, Andreas, Handelsgesetzgebung als Kooperation oder Konflikt zwischen Kongreß und Präsident. Das Handelsgesetz von 1988 im historischen Vergleich, Zeitschrift für Parlamentsfragen 20 (1989), 232-250.
- Garcia*, Frank J., Trade and Justice: Linking the Trade Linkage Debates, University of Pennsylvania Journal of International Economic Law 19 (1998), 391-434.
- Goldstein*, Judith/*Gowa*, Joanne, US National Power and the Post-War Trading Regime, World Trade Review 1 (2002), 153-170.
- Hanrahan*, Charles E./*Becker*, Geoffrey S./*Jurenas*, Remy, Agricultural Trade Issues in the 107<sup>th</sup> Congress, Issue Brief for Congress, Updated August 9, 2002, erhältlich im Internet: <[fpc.state.gov/documents/organization/12852.pdf](http://fpc.state.gov/documents/organization/12852.pdf)> (besucht am 22. August 2002).
- Helm-Busch*, Franziska, Executive Agreements im US-amerikanischen Verfassungsrecht, Köln/Berlin/Bonn u.a. 1995.
- Henkin*, Louis, Foreign Affairs and the United States Constitution, 2. Auflage, Oxford 1996.
- Herdegen*, Matthias, Internationales Wirtschaftsrecht, 3. Auflage, München 2002.
- Hilf*, Meinhard, Power, Rules and Principles – Which Orientation for WTO/GATT Law?, Journal of International Economic Law 4 (2001), 111-130.
- New Economy – New Democracy? – Zur demokratischen Legitimation der WTO, in: Classen, Claus Dieter/Dittmann, Armin/Fechner, Frank/Gassner, Ulrich M./Kilian, Michael (Hrsg.), „In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ - Liber amicorum Thomas Oppermann, Berlin 2001, 427-438.
  - Freiheit des Welthandels contra Umweltschutz, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 2000, 481-490.
- Hilf*, Meinhard/*Eggers*, Barbara, Der WTO-Panelbericht im EG/USA-Hormonstreit, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 1997, 559-566.
- Hilpold*, Peter, Das Transparenzprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht – Unter besonderer Berücksichtigung des Beziehungsgeflechts zwischen EU und WTO, Europarecht 34 (1999), 597-620.
- Hoekman*, Bernhard M., Strengthening the Global Trade Architecture for Development: The Post Doha Agenda, World Trade Review 1 (2002), 23-45.
- Hoekman*, Bernhard M./*Kostecki*, Michel M., The Political Economy of the World Trading System – The WTO and Beyond, 2. Auflage, Oxford/New York 2001.
- Horlick*, Gary N., Over the Bump in Doha?, Journal of International Economic Law 5 (2002), 195-202.

- Hornbeck*, J.F., The Andean Trade Preference Act: A Comparison of House and Senate Versions of H.R. 3009, Report for Congress, June 12, 2002, erhältlich im Internet: <<http://fpc.state.gov/documents/organization/11558.pdf>> (besucht am 21. August 2002).
- Ipsen*, Knut/*Haltern*, Ulrich R., Rule of Law in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen: Die Welthandelsorganisation, *Recht der Internationalen Wirtschaft* 40 (1994), 717-723.
- Jackson*, John H., The WTO 'Constitution' and Proposed Reforms: Seven 'Mantras' Revisited, *Journal of International Economic Law* 4 (2001), 67-78.
- The Uruguay Round Results and National Sovereignty, in: Bhagwati, Jagdish/Hirsch, Mathias (Hrsg.), *The Uruguay Round and Beyond – Essays in Honour of Arthur Dunkel*, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1998, 293-304.
  - *The World Trading System – Law and Policy of International Economic Relations*, 2. Auflage, Cambridge/London 1997.
  - The Great 1994 Sovereignty Debate: United States Acceptance and Implementation of the Uruguay Round Results, *Columbia Journal of Transnational Law* 36 (1997), 157-188.
- Jackson*, John H./*Davey*, William J./*Sykes*, Alan O. Jr., *Legal Problems of International Economic Relations*, 3. Auflage, St. Paul 1995.
- Koh*, Harold H., The Fast Track and United States Trade Policy, *Brooklyn Journal of International Law* 18 (1992), 143-180.
- Kovatch*, William J. Jr., Left Out of the Game: Fast-Track, Non-Tariff Barriers, and the Erosion of Federalism, *ILSA Journal of International and Comparative Law* 5 (1998), 71-91.
- Krajewski*, Markus, *Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation (WTO)*, Berlin 2001.
- Democratic Legitimacy and Constitutional Perspectives of WTO Law, *Journal of World Trade* 35 (2001), 167-186.
- Kühner*, Rolf, Executive Agreements im Verfassungsrecht der Vereinigten Staaten, *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F.* 35 (1986), 365-397.
- Leebron*, David W., Linkages, *American Journal of International Law* 96 (2002), 5-27.
- Lorz*, Ralph Alexander, *Interorganrespekt im Verfassungsrecht*, Tübingen 2001.
- Low*, Patrick, *Trading Free: The GATT and U.S. Trade Policy*, New York 1993.
- Marceau*, Gabrielle/*Pedersen*, Peter N., Is the WTO Open and Transparent? A Discussion of the Relationship of the WTO with Non-governmental Organisations and Civil Society's Claims for more Transparency and Public Participation, *Journal of World Trade* 33 (Nr.1, 1999), 5-49.
- McCrudden*, Christopher/*Davies*, Anne, A Perspective on Trade and Labor Rights, *Journal of International Economic Law* 3 (2000), 43-62.
- McMahon*, Joseph A., From Havana to Seattle: A History of Trade and Agriculture, in: ders. (Hrsg.), *Trade and Agriculture: Negotiating a New Agreement?*, London 2001, 29-63.
- Medick-Krakau*, Monika, *Amerikanische Außenhandelspolitik im Wandel: Handelsgesetzgebung und GATT-Politik 1945-1988*, Berlin 1995.
- Menzel*, Eberhard, Gegenwartsprobleme der Auswärtigen Gewalt in den Vereinigten Staaten, in: *Der Göttinger Arbeitskreis* (Hrsg.), *Mensch und Staat in Recht und Geschichte – Festschrift für Herbert Kraus zur Vollendung seines 70. Lebensjahres*, Kitzingen am Main 1954, 259-303.

- Messerlin*, Patrick A., Anti-dumping and trade remedies – A necessary reform, in: Deutsch, Klaus Günter/Speyer, Bernhard (Hrsg.), *The World Trade Organization Millennium Round: freer trade in the twenty-first century*, London/New York 2001, 148-160.
- Mitchell*, Andrew D., Towards Compatibility: The Future of Electronic Commerce Within the Global Trading System, *Journal of International Economic Law* 4 (2001), 683-723.
- Moore*, Stephen, Twisting a Rail for Fast Track on Trade, in: *The Washington Times* vom 22. Juli 2002.
- Nowrot*, Karsten, Legal Consequences of Globalization: The Status of Non-Governmental Organizations under International Law, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 6 (1999), 579-645.
- Oppermann*, Thomas/*Beise*, Marc, Freier Welthandel und Umweltschutz nach der WTO-Doha-Konferenz 2001, *Recht der Internationalen Wirtschaft* 48 (2002), 269-274.
- Otero Garcia-Castrillón*, Carmen, An Approach to the WTO Ministerial Declaration on the TRIPS Agreement and Public Health, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 212-219.
- Oxley*, Joanne E./*Schnietz*, Karen E., Globalization Derailed?: Multinational Investors' Response to the 1997 Denial of Fast-Track Trade Negotiating Authority, *Journal of International Business Studies* 32 (2001), 479-496.
- Panitchpakdi*, Supachai, Balancing Competing Interests: The Future Role of the WTO, in: Sampson, Gary P. (Hrsg.), *The Role of the World Trade Organization in Global Governance*, Tokyo/New York/Paris 2001, 29-35.
- Pfeil*, Andreas, Abschied von der "schnellen Schiene"? NAFTA, GATT und die Ratifizierung von Handelsabkommen in den USA, 1974-1999, Berlin 2000.
- Reichert*, William M., Resolving the Trade and Environmental Conflict: The WTO and NGO Consultative Relations, *Minnesota Journal of Global Trade* 5 (1996), 219-246.
- Rhodes*, Carolyn, Reciprocity, U.S. Trade Policy, and the GATT Regime, Ithaca/London 1993.
- Rode*, Reinhard, *Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen*, Halle (Saale) 2001.
- *Amerikanische Handelspolitik gegenüber Westeuropa: Von der Handelsreform zur Tokio-Runde*, Frankfurt am Main/New York 1980.
- Roessler*, Frieder, Domestic Policy Objectives and the Multilateral Trade Order: Lessons from the Past, *University of Pennsylvania Journal of International Economic Law* 19 (1998), 513-534.
- Rudisch*, Susanne, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht, Heft 2, Halle (Saale) 2002.
- Schaefer*, Matthew, U.S. States, Sub-Federal Rules, and the World Trading System, in: Bronckers, Marco/Quick, Reinhard (Hrsg.), *New Directions in International Economic Law – Essays in Honour of John H. Jackson*, The Hague/London/Boston 2000, 525-541.
- Twenty-First Century Trade Negotiations, the US Constitution, and the Elimination of US State-Level Protectionism, *Journal of International Economic Law* 2 (1999), 71-111.
- Schlesinger*, Arthur M., *The Imperial Presidency*, New York 1974.

- Schoenbaum*, Thomas J., International Trade and Environmental Protection, in: Birnie, Patricia W./Boyle, Alan E. (Hrsg.), International Law and the Environment, 2. Auflage, Oxford/New York 2002, 697-750.
- Schott*, Jeffrey J., Comment on the Doha Ministerial, Journal of International Economic Law 5 (2002), 191-195.
- The WTO after Seattle, in: ders. (Hrsg.), The WTO after Seattle, Washington 2000, 3-40.
- Sek*, Lenore, Trade Promotion Authority (Fast-Track Authority for Trade Agreements): Background and Developments in the 107<sup>th</sup> Congress, Issue Brief of Congress, Updated July 29, 2002, erhältlich im Internet: <[www.house.gov/htbin/crsprodget?/ib/IB10084](http://www.house.gov/htbin/crsprodget?/ib/IB10084)> (besucht am 23. August 2002).
- Sek*, Lenore/*Cooper*, William H./*Bolle*, Mary J./*Pregelj*, Vladimir N./*Hanrahan*, Charles E./*Tiemann*, Mary E./*Beth*, Richard S., Trade Promotion (Fast-Track) Authority: Summary and Analysis of Selected Major Provisions of H.R. 3005 and Title XXI of H.R. 3009, Report of Congress, Updated June 14, 2002, erhältlich im Internet: <[fpc.state.gov/documents/organization/11275.pdf](http://fpc.state.gov/documents/organization/11275.pdf)> (besucht am 22. August 2002).
- Senti*, Richard, WTO – System und Funktionsweise der Welthandelsordnung, Zürich 2000.
- GATT – System der Welthandelsordnung, Zürich 1986.
- Shaw*, Sabrina/*Schwartz*, Risa, Trade and Environment in the WTO – State of Play, Journal of World Trade 36 (2002), 129-154.
- Stewart*, Terence P./*Dwyer*, Amy S., Handbook on WTO Trade Remedy Disputes – The First Six Years (1995-2000), Ardsley 2001.
- Stoll*, Peter-Tobias, Die WTO: Neue Welthandelsorganisation, neue Welthandelsordnung, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 54 (1994), 241-339.
- Tangermann*, Stefan/*Josling*, Tim, Issues in the Next Round of WTO Agricultural Negotiations, in: McMahon, Joseph A. (Hrsg.), Trade and Agriculture: Negotiating a New Agreement?, London 2001, 65-88.
- Taylor*, C. O’Neil, Fast Track, Trade Policy, and Free Trade Agreements: Why the NAFTA Turned Into a Battle, George Washington Journal of International Law and Economics 28 (1994), 1-132.
- Tietje*, Christian, Grundlagen und Perspektiven der WTO-Rechtsordnung, in: Berrisch, Georg M./Prieß, Hans-Joachim (Hrsg.), WTO-Handbuch, München 2002 (im Erscheinen).
- Die institutionelle Ordnung der Welthandelsorganisation, in: Berrisch, Georg M./Prieß, Hans-Joachim (Hrsg.), WTO-Handbuch, München 2002 (im Erscheinen).
  - Grundzüge und rechtliche Probleme einer internationalen Medienordnung, in: Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (Hrsg.), Internationales Handbuch Medien 2002/2003, Baden-Baden 2002, 15-36.
  - Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht, Heft 4, Halle (Saale) 2002.
  - Global Governance and Inter-Agency Co-operation in International Economic Law, Journal of World Trade 36 (2002), 501-515.
  - The Duty to Cooperate in International Economic Law and Related Areas, in: Delbrück, Jost (Hrsg.), International Law of Cooperation and State Sovereignty, Berlin 2002, 45-65.

- Die WTO-Rechtsordnung in der „Globalisierungsfalle“? Aktuelle Entwicklungen und Grundstrukturen des Welthandelsrechts, in: Klein, Eckart/Volger, Helmut (Hrsg.), Globale Problemlösungen in der Bewährungsprobe – Bilanz der Arbeit der Vereinten Nationen vor dem Millenniumsgipfel 2000, Potsdam 2001, 41-54.
  - Medien, Telekommunikation und Informationstechnologie, E 27, Stand: Oktober 1999, in: Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard/Krenzler, Horst Günter (Hrsg.), Das Recht der Europäischen Union, Band IV, Außenwirtschaftsrecht, Loseblatt-Kommentar, Stand: Februar 2002, München 2002.
  - Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, Berlin 1998.
- Trachtman*, Joel P., Institutional Linkage: Transcending “Trade and ...”, *American Journal of International Law* 96 (2002), 77-93.
- Trebesch*, Jochen, Stellung und Funktion des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten – Aspekte der politischen Kontrolle und Mitwirkung, *Der Staat* 12 (1973), 23-44.
- Der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bereich des Auswärtigen: Staatsrechtliche Aspekte der politischen Kontrolle des Präsidenten und der Mitwirkung durch die amerikanische Legislative im auswärtigen Bereich, Bonn 1972.
- Trebilcock*, Michael J./Howse, Robert, *The Regulation of International Trade*, 2. Auflage, London/New York 1999.
- Trüb*, Hans R., *Umweltrecht in der WTO – Staatliche Regulierungen im Kontext des internationalen Handelsrechts*, Zürich 2001.
- Twigg*, Joan E., *The Tokyo Round of Multinational Trade Negotiations: A Case Study in Building Domestic Support for Diplomacy*, Lanham/London 1987.
- VanGrasstek*, Craig, Is the Fast Track Really Necessary?, *Journal of World Trade* (Nr. 2, 1997), 97-123.
- Vermulst*, Edwin, Anti-Dumping in the second Millennium: The Need to Revise Basic Concepts, in: Bronckers, Marco/Quick, Reinhard (Hrsg.), *New Directions in International Economic Law – Essays in Honour of John H. Jackson*, The Hague/London/Boston 2000, 259-278.
- Vermulst*, Edwin/*Graafsma*, Folkert, *WTO Disputes - Anti-Dumping, Subsidies and Safeguards*, London 2002.
- Wagner*, Constance Z., Another Attack on the Fast Track, *Saint Louis University Law Journal* 44 (2000), 1047-1059.
- Waincymer*, Jeff, *WTO Litigation – Procedural Aspects of Formal Dispute Settlement*, London 2002.
- Wiemann*, Jürgen, Green Protectionism: A Threat to Third World Exports?, in: Dijk, Meine Pieter van/Sideri, Sandro (Hrsg.), *Multilateralism versus Regionalism: Trade Issues after the Uruguay Round*, London/Portland 1996, 91-119.
- Wolf*, Sebastian, *Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht*, Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht, Heft 6, Halle (Saale) 2002.
- Wolff*, Alan W., What did Doha do? An Initial Assessment, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 202-206.

**Arbeitspapiere aus dem Institut für Wirtschaftsrecht**  
ISSN 1619-5388

**Bislang erschienene Hefte**

- Heft 1 Wiebe-Katrin Boie, Der Handel mit Emissionsrechten in der EG/EU – Neue Rechtssetzungsinitiative der EG-Kommission, März 2002, ISBN 3-86010-639-2
- Heft 2 Susanne Rudisch, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, April 2002, ISBN 3-86010-646-5
- Heft 3 Jost Delbrück, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Juli 2002, ISBN 3-86010-654-6
- Heft 4 Christian Tietje, Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, August 2002, ISBN 3-86010-655-4
- Heft 5 Ludwig Gramlich, Das französische Asbestverbot vor der WTO, August 2002, ISBN 3-86010-653-8
- Heft 6 Sebastian Wolf, Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht, September 2002, ISBN 3-86010-658-9
- Heft 7 Bernhard Kluttig/Karsten Nowrot, Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ – Implikationen für die Doha-Runde der WTO, September 2002, ISBN 3-86010-659-7